



Attersee Report

Das verschwindende Land

Lothar Höbelt · Die „aufgehobene“ großdeutsche Lösung

Thomas Grischany · Buntland, Buntland über alles!

Kai-Uwe Hülss · Ein verschwindender Partner?

Norbert Nemeth · Wilhelm Tell – Die konservative Revolution

Gerhard Schlüsselberger · Über die innere Widerstandskraft der Gesellschaft



Ausgabe Nr. 28 · April 2021

*Deutschland über alles?!
Ich spüre bei der 1. Strophe
nichts im Herz,
nur Abscheu und Kopfschmerz. [...]
#keinenmillimeternachrechts
#fcknzs #noafd*

Tobias C. Bringmann, CDU

Coverbild:
Abtei im Eichwald
Caspar David Friedrich, 1809–10
Alte Nationalgalerie, Berlin

Abbildung auf dieser Seite:
Ohne Titel; Gary Waters
digitale Illustration

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Es ist nicht lange her, da hätte ein 150jähriges Jubiläum, das in der Geschichte Österreichs und der Deutschen eine zentrale Rolle spielt, eine ganze Reihe an Festkommers, Symposien usw. ausgelöst. Heute ist das leider anders. Der 18. Jänner, der Tag der Proklamation des Zweiten Deutschen Reiches, ist geräusch- und gedankenlos an uns vorbeigezogen. Das alleine auf die Pandemie zurückzuführen, wäre kurzsichtig. Tatsächlich haben wir es mit einem generellen Bewusstseinsverfall zu tun, der zunächst unsere Existenz als Teil eines Kollektivs betrifft. Vor exakt einem Jahr befasste sich der Report (der letzte vor der „Corona-Zeit“) mit dem Nihilismus und der Linie Ernst Jüngers, die nichts anderes ist als der Punkt am Zeitstrahl, an dem die menschliche Gesellschaft all ihre Vergangenheit vergessen hat.

Erst, wenn jegliche Erinnerung getilgt ist, kann die neue Gesellschaft entstehen und die faktische Gleichheit aller Menschen wahr werden – eine faktische Gleichheit, die, gut getarnt unter dem Banner der „Solidarität“, langsam geschaffen werden soll. Dieser oktroyierte Zusammenhalt schwört auf ein gemeinsames Ziel ein, ob man will oder nicht. Individuelle Werte und Ziele zählen nicht mehr, die große gemeinsame Weltfamilie ersetzt die persönliche Familie. Eine höchst bedenkliche Entwicklung, denn laut Nietzsche steht es mit der Freiheit der Meinungen wie mit der Gesundheit: Beide sind individuell, von beiden kann kein allgemeingültiger Begriff aufgestellt werden. Das, was das eine Individuum zu seiner Gesundheit nötig hat, ist für ein anderes schon Grund zur Erkrankung.

Derzeit sind wir von dieser Linie noch ein Stück weit entfernt, doch kann über die Tendenz kein



Zweifel herrschen. Die Kugel rollt nicht in unsere Richtung – und sie rollt immer schneller. Die Pandemie hat das Brett, auf dem sie dahingleitet, noch einmal steiler gestellt. Sie erweist sich als Brandbeschleuniger wider unser freiheitliches Wertesystem. Ein gutes Beispiel dafür ist der sogenannte grüne Impfpass, der vor kurzer Zeit im Nationalrat beschlossen wurde. Wer hinkünftig Dinge, die bislang selbstverständlich gewesen waren – wie Geselligkeit, Reisen oder Lokalbesuche – tun will, wird das hinkünftig nur mehr mit einer behördlichen Erlaubnis dürfen. Kann eine Verwaltung tiefer in die Privatsphäre des Einzelnen vordringen? An jenem Punkt verlässt die Politik die Sphäre der Realpolitik und lässt unsere Gesellschaft die Linie hinüber ins Dystopische beschreiten.

Was vordergründig gesundheitspolitisch vernünftig klingen mag, erweist sich als schwerwiegend: Der Einzelne darf seine persönlichsten Angelegenheiten nicht mehr nach seinem eigenen Willen gestalten, vielmehr wird die Art und Weise, wie er leben will, von einem fremden Willen, nämlich von jenem der Behörde, abhängig gemacht. Mit anderen Worten: Ein selbstbestimmtes Leben hat einem fremdbestimmten zu weichen. Das ist arg genug, aber noch lange nicht alles: Die Geschichte, die wir gerade dabei sind, in atemberaubender Geschwindigkeit zu vergessen, hat klar gezeigt, dass die Fremdbestimmung immer nur eine Ouvertüre zu etwas weit Dramatischeren ist, nämlich zur Fremdherrschaft. Auf Fremdbestimmung folgt Fremdherrschaft! Dieses Erkenntnis verdanken wir keinem Geringeren als Friedrich von Schiller. Ihm ist auch in dieser Ausgabe des Reports ein Beitrag gewidmet.

Herzlichst Ihr ParlRat Mag. Norbert Nemeth, Herausgeber

Inhalt



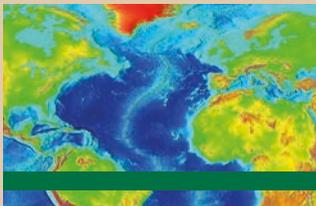
Generalthema:

Rückblick	6
Die „aufgehobene“ großdeutsche Lösung	8
Verschwindendes Land – verschwindende Kirche	14
Die ersten Austrasier	18
Der K(r)ampf um die Völkerwanderung	28
Die Geschichte Deutschlands	33



Österreich:

Buntland, Buntland über alles!	34
Die (unterschätzte) grüne Regierungsgefahr	41



International:

Ein verschwindender Partner?	42
Germanische Beute	47



Feuilleton:

Wilhelm Tell – Die konservative Revolution	48
Der Schwur auf dem Rütli	53



Besprechungen:

Über die innere Widerstandskraft der Gesellschaft	54
Zum Schluss: Deutschlands Merkel-Jahre	62
Adharas Stimme	66
Impressum	67

Editorial

Werte Leser!



Keine politische Mode war für die Entwicklung der Geschichtswissenschaft von größerem Segen als der Nationalismus des 19. Jahrhunderts. Was kurz zuvor noch als eigentümliche Grille ewiggestriger Buchgelehrter galt, an denen die zukunftsdrängende Welterforschung wohl vorbeiging, rückte mit der Romantik in den Mittelpunkt regen Interesses: Wer sind wir, woher kommen wir, was ist unsere Vergangenheit? Dabei fiel (das ist die Kehrseite) so manches unter den Tisch, was kein nationales Interesse fand, sei es, weil es gar keine Nation gab, die sich damit identifizieren wollte, sei es, weil es nicht der gewünschten National-Erzählung diene.

So schrumpfte auch die deutsche Geschichte, nicht zuletzt nach der vor 150 Jahren erfolgten Gründung des deutschen Nationalkaisertums, zu einer Vorgeschichte für das neue Großpreußische Reich zusammen. Noch Joachim Fernau kapriziert sich in seiner einst vielgelesenen Erzählung *Deutschland, Deutschland über alles*, wenn es darum geht, was nun eigentlich die deutsche Geschichte sei, auf unsere fernen Vorfahren in den Wäldern Germaniens, auf die Kaisergeschichte des Hochmittelalters und auf die preußische Moderne. Man kann solche Konzeptionen von Geschichte auch als Themenverfehlung betrachten, denn womöglich findet sich das spezifisch Deutsche eher anderswo: in seiner Verbindung mit der romanischen Zivilisation durch die fränkische Expansion (die ich in dieser Ausgabe behandeln werde), in seiner Durchdringung durch ein reichskirchliches Christentum einerseits wie durch Reformation und Konfessionalisierung andererseits, im Föderalismus und der deutschen Libertät des ausgehenden Alten Reiches, in der Hinwendung der schöpferischen



Energien zu Literatur, Musik, Kultur und Philosophie nach dessen Ende.

So oder so, nicht wenige Landschaften haben sich über die Jahrhunderte, von den Niederlanden über die Schweiz und von Österreich bis ins Schlesierland, aus der deutschen Geschichte verabschiedet. Der neuzeitliche Rückzug aus dem Universalreichsgedanken hat sich heute freilich längst wieder in sein Gegenteil verkehrt: Deutschland geht wieder in Europa auf, sieht hierin seine eigentliche Sendung, will Vorreiter sein als ein „Wandler der Welt“, wie es vom kosmopolitischen Kaiser Friedrich II. einst hieß (der allerdings gegenwärtigem Politikerpersonal geistig meilenweit voraus war).

Wir werden hier nicht klären können, ob die deutsche Geschichte nun ganz im Geiste Guido Knopps nur aus zwölf Jahren bestehe, ob sie mit dem Zeitalter des Nationalismus und dem österreichisch-preußischen Dualismus beginne, oder bereits mit dem Herauswachsen des deutschen Königtums aus dem Frankenreich vor einem Jahrtausend, oder gar schon seinerzeit im Teutoburger Wald. Die Geschichte des modernen deutschen Nationalstaates jedenfalls beginnt vor den Augen der Weltöffentlichkeit vor 150 Jahren in Versailles. Ob diese Geschichte wohl segensreicher verlaufen wäre, wenn Österreich den Kampf um die Hegemonie im Herzen Europas nicht verloren hätte, nicht vor die Tür gesetzt worden wäre? Manch bittere Fragen will man lieber doch nicht stellen.

Geschichte ist stets ein Universum unverwirklichter Alternativen. Das ist ihre große Tragik in der Retrospektive, aber es ist auch ein Fingerzeig, wem es in jeder Gegenwart obliegt, die Weichen richtig zu stellen. Es gäbe immer auch einen anderen Weg neben jenem, auf dem man sich befindet.

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

Rückblick



des 70-Jährigen auf die Folge seiner Herren,
d.h. auf die von ihm durchgestandenen
Regime seiner Lebenszeit:

1. Kindheit: 1888-1900.

Ins Sauerländische entorteter eifel-moselländischer,
durch Staatsempörer geprägter Familien-Katholizismus.

2. Knabenalter: 1900-1907.

Enttotalisierter Konvikts-Klerikalismus,
relativiert mit humanistischer Bildung.

3. Jüngling: 1907-1918.

Enthegelianisiertes Groß-Preußentum
wilhelminischer Prägung und Neu-Kantianismus.

4. Mann: 1919-1932.

Entpreußtes Deutschtum mit Liberal-Demokratie
Weimarer Art und stark nationalen Reaktionen [...].

5. Reifes Alter: 1933-1945.

Entfesseltes Großdeutschtum des Bruder Straubinger
[Hitler] mit Flucht nach Innen.

6. Spätes Alter: 1945-1958.

Entfesselter Antifaschismus mit Gnadenbrot [...].

*ad 1. Regime: gutmütige Pfarrer
mit Kulturkämpferinnerungen*

*ad 2. Regime: Konviktsleiter
und patriarchalische Fabrikanten*

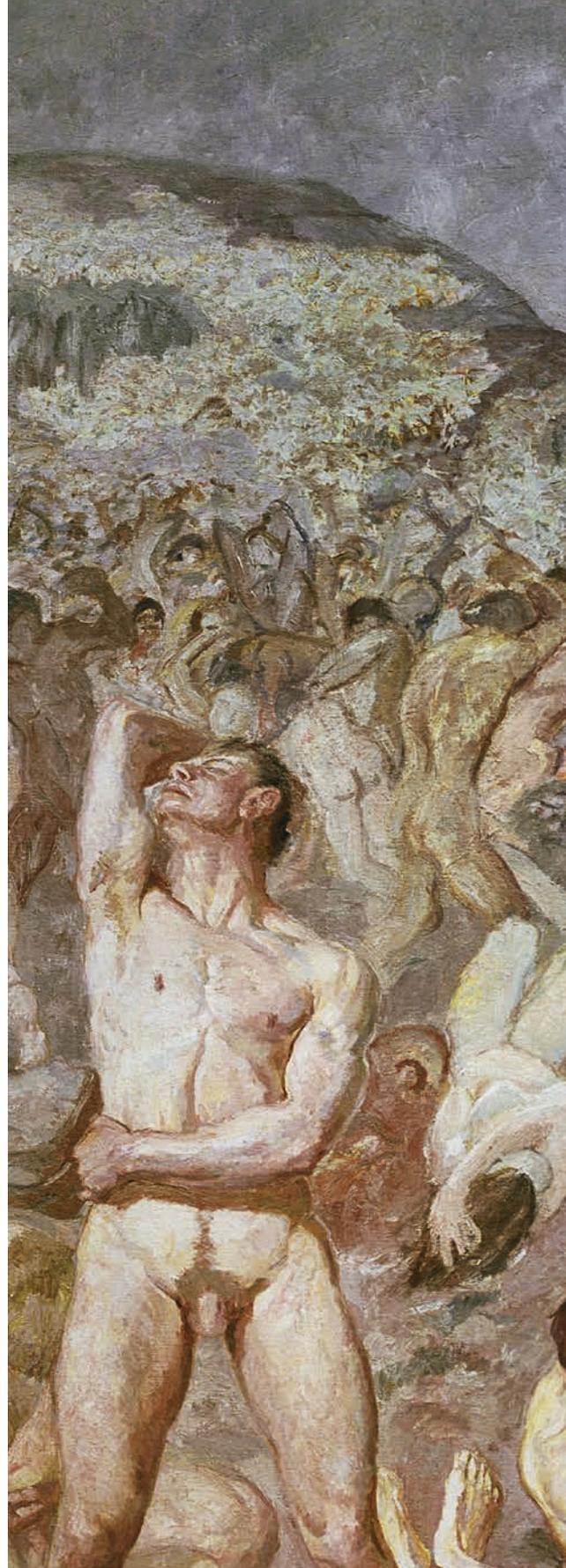
*ad 3. Regime: wilhelminische Beamte
und Offiziere (im Grunde gemütlich)*

ad 4. Regime: echter Pluralismus mit viel Freiheit

ad 5. Regime: Bonzen, Großstreber und Verrückte

*ad 6. Regime: Shylocks und oberflächlich
natanisierte Verfolger.*

aus: Carl Schmitt, Glossarium





Generalthema

Die Schlacht
Max Beckmann, 1907

Lothar Höbelt

Die „aufgehobene“ großdeutsche Lösung

Zum 150. Jahrestag der kleindeutschen Lösung von 1871



Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal des Versailler Schlosses König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser ausgerufen (wohlgemerkt, allen Zentralisten sei es ins Stammbuch geschrieben, *nicht* zum Kaiser von Deutschland). Der ehemalige Generaladjutant Wilhelms, Lothar von Schweinitz, konnte die Zeremonie nicht miterleben, denn er weilte zu diesem Zeitpunkt als Militärattaché in Wien. Er tröstete sich in seinen Erinnerungen mit der Szene, die er tatsächlich miterlebt hatte: als er nämlich am Nachmittag des 3. Juli 1866 *„dicht hinter unserem geliebten König und Kriegsherren durch das Bistritztal nach den Höhen von Chlum hingaloppierte“*.

Diese paar Kilometer bergauf, schon nach dem Kulminationspunkt der Schlacht von Königgrätz, seien der eigentliche deutsche Kaiserritt gewesen. Und als preußischer Konservativer fügte er erleichtert hinzu: Man habe damit nicht bloß die deutsche Frage gelöst, sondern auch die deutsche Revolution entwaffnet (die bisher immer gegen die einzelstaatlichen Monarchien das Ziel der deutschen Einigung für sich reklamiert hatte). Der preußische Sieg bei Königgrätz kam für die Zeitgenossen so überraschend, wie er für die Nachgeborenen zu den Selbstverständlichkeiten zählt. Auch wenn 1866 mehr Deutsche auf österreichischer Seite standen als auf preußischer, der Ausgang des Ringens um die Vorherrschaft in Deutschland schien nachgerade „überdeterminiert“. Moltkes Genie, der Eisenbahnaufmarsch, das Zündnadelgewehr, sogar die lesekundigeren preußischen Unteroffiziere wurden da ins Treffen geführt. Daran konnten auch diverse kontrafaktische Gedankenspiele wenig ändern – von Moltke, der Bismarck noch auf dem Schlachtfeld an seine Abhängigkeiten von den Zufällen des Schicksals erinnern haben soll: *„Nun sind Sie ein großer Mann, aber was, wenn die Kronprinzenarmee zu spät gekommen wäre?“*, bis zu Carl Amerys Roman *An den Feuern der Leyermark*, der ausgerechnet seine heimatlichen Bayern mit der subversiven Hilfe geflohener Südstaatler und ihres „Henry-Stutzens“ den Krieg von 1866 gewinnen lässt.

Nun kann es selbstverständlich nie schaden, allen allzu selbstherrlichen deterministisch-fortschrittsgläubigen Ableitungen mit einer gewissen Portion wohlverdienter Skepsis zu begegnen. Allerdings, was das preußische Konzept um so vieles erfolgversprechender erscheinen lässt, war nicht bloß die Frage von Blut und Eisen, die 1866 in einem so erstaunlich kurzen Krieg eine Entscheidung herbeiführten, dass sich im Englischen in Anspielung auf den Siebenjährigen Krieg die Formel „Seven Weeks War“ eingebürgert hat. Es war vielmehr der Mangel einer echten politischen Alternative zur „kleindeutschen“ Lösung, die Preußen von Anfang an die besseren Karten bescherte. Denn ein großdeutscher Einheitsstaat war schwer vorstellbar, das hatte sich spätestens 1848 herausgestellt, als die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche ihre Fragen an Österreich formulierte: Waren die Habsburger bereit, auf ihre außerdeutschen Länder zu verzichten (oder ihre Herrschaft dort zumindest auf den Rang einer Personalunion zurückzustufen), dann stand ihnen die Wahl zum Reichsoberhaupt selbstverständlich offen. Doch auf einen Gesamteintritt Österreichs wollten sich die übrigen Deutschen lieber nicht einlassen.

Aus diesem Dilemma gab es kaum einen Ausweg. Das Kaisertum Österreich, vom Erzgebirge bis zu den Schwarzen Bergen Montenegros, von Passau bis Belgrad, vom Rhein bis zum Dnjestr, konnte



natürlich weiterhin den Vorsitz im Deutschen Bund führen. Aber die Integrationskraft eines Mitteleuropablocks, eines „Reiches der 70 Millionen“, wie es Schwarzenberg propagierte, litt unter den Bedenken der „Binnendeutschen“ über die Majorisierung durch die interessanten Nationalitäten des habsburgischen Hinterlandes, die nicht so recht in einen deutschen Nationalstaat passten. Tschechen und Slowenen, die ihre Zelte immerhin noch auf dem Boden des Deutschen Bundes aufgeschlagen hatten, wären vielleicht akzeptiert worden, Ungarn und Polen, Rumänen und „Illyrer“ (Serbokroaten) nicht. Daran hätte auch ein Sieg der Österreicher und Sachsen bei Königgrätz nicht viel ändern können. Vielleicht hätte sich Österreich als Maximallösung Schlesien zurückgeholt, hätte Preußen die Rheinprovinzen verloren, doch dem Hineinwachsen Österreichs nach Deutschland waren Grenzen gesetzt, gerade durch seine Verbündeten, sprich: durch Bayern (die Heimat von Franz Josephs Mutter Sophie und seiner „Sisi“), das ihm den Weg ins Reich nachhaltig versperrte.

Die entscheidende Weichenstellung lag Jahrzehnte, ja vielleicht Jahrhunderte zurück: Seit 1713 hatte Österreich immer wieder damit geliebäugelt, doch Bayern zu annektieren, mehr oder weniger gutwillig, wenn schon nicht anders, dann auf dem Tauschweg. Die Habsburger waren immer wieder daran gescheitert – oder hatten im entscheidenden Moment Angst vor der eigenen Courage bekommen. Es waren gerade norddeutsche Nachbarn wie Preußen, die es an entsprechenden Hinweisen nicht fehlen ließen, die Habsburger möchten sich für anderwärtige Enttäuschungen und Verluste – von Neapel bis zu den österreichischen Niederlanden – durch einen Präventivkrieg gegen Bayern entschädigen: 1735 fand der englische König Georg II. (im Nebenberuf weiter-

hin Kurfürst von Hannover) die Idee überlegenswert, 1793 stellte Katharina die Große (bekanntlich eine Prinzessin von Anhalt-Zerbst) den Österreichern da einen Blankoscheck aus: Auf ein paar säkularisierte Bistümer solle es ebenfalls nicht ankommen. Doch die Österreicher begnügten sich mit Mozarts Salzburg (und gaben 1815 dafür Vorderösterreich und die Wacht am Rhein auf). Preußen hingegen annektierte 1866 frohgemut – nicht ohne ideologisches Bauchgrimmen einiger prinzipienfester Konservativer – Hessen und Hannover (was freilich nur deshalb so leicht möglich war, weil Königin Viktoria als Frau in Hannover nicht erbberechtigt war).

Und der Rest bleibt bei Österreich

Die kleindeutsche Lösung ist treffender Weise auch als die erste deutsche Teilung bezeichnet worden: Zehn Millionen Deutsche blieben ausgeschlossen (Max Weber fügte hinzu: um 30 Millionen Nichtdeutsche zu neutralisieren). Es hätten allenfalls ein paar Millionen mehr sein können, wenn Österreich schon vor 1866 auf eine Teilung entlang des „Weißwurstäquators“ eingegangen wäre, der Mainlinie. Bayern wäre ja auch 1870/71 beinahe noch als Pufferstaat erhalten geblieben. Nicht zu vergessen: Das Deutsche Reich von 1871 stellte bloß eine Erweiterung des Norddeutschen Bundes von 1867 dar. An der Verfassung des Bundes änderte sich deshalb nichts (im Gegenteil: Bayern und Sachsen wurden darüber hinaus noch gewisse Vorrechte zugestanden). Der Norddeutsche Bund, ja selbst Preußen allein, aber wäre auch ohne Bayern eine Weltmacht geworden. Der staunenswerte wirtschaftliche Aufstieg des „Zweiten Reiches“ beruhte auf seiner Schwerindustrie, zumal auf den Kohlerevieren, die



Die Schlacht von Königgrätz (Detail); Georg Bleibtreu, 1868, Deutsches Historisches Museum

sich von Westfalen bis Oberschlesien allesamt auf (oder: unter!) altpreußischem Territorium befanden.

Die großdeutsche Tradition lebte auch nach 1871 fort, ganz ohne irredentistische „Velleitäten“ (die blieben auf die Welfen beschränkt). Für die Staatskanzleien waren groß- und kleindeutsche Lösung ein Gambit auf dem Schachbrett der europäischen Politik gewesen, die Sympathien der deutschen Öffentlichkeit jedoch, so lässt sich vermuten, waren zwar nicht durchgehend, aber weitgehend von ihren konfessionellen Standpunkten abhängig. Die Protestanten konnten sich viel leichter mit preußischer Vorherrschaft anfreunden als die Katholiken (Nota bene: keine Regel ohne Ausnahme, in diesem Fall die Württemberger Demokraten). Die großdeutsche Strömung bezog einen großen Teil ihrer Wirkung und ihres Anhangs aus den katholischen Reaktionen auf die Vorboten des Kulturkampfes. Erzherzog Johann als „Reichsverweser“ wurde 1848 jubelnd empfangen im katholischen Rheinland. In der Zentrumspartei spielten noch lange Familien eine große Rolle, die mit einem Bein weiterhin in der Habsburgermonarchie standen, von den Franckensteins bis zu den Löwensteins. In diesem Milieu erhielt sich bis nach 1918 der schöne Trinkspruch: „*Wir erheben das Glas auf unsere beiden Kaiser!*“

In der Polemik der Reichsgründungsära spielte der Popanz eines österreichischen Revanchismus eine gewisse Rolle, mit dem besonders skeptisch begühten ehemals sächsischen „Reichskanzler“ Beust als Sündenbock vom Dienst. Inzwischen wissen wir: Man hätte sich da viel weniger Sorgen machen müssen. Die innenpolitische Basis einer österreichischen Revanchepolitik war äußerst schmal. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Die Deutschösterreicher standen vor einem inneren Zwiespalt. Sie betrauten zwar den Ausschluss aus dem Reich, wollten deshalb aber auch keinen zweiten Bruderkrieg vom Zaun brechen (schon gar nicht an der Seite des Bösewichts vom Dienst, Napoleons III.). Die nicht-deutschen Nationalitäten der Habsburgermonarchie mochten hie und da instinktiv zu den Franzosen halten, aus Schadenfreude, aber gerade sie waren nicht interessiert an einer Rückkehr der Habsburger nach Deutschland. Denn eine solche Konstellation würde erst recht wieder dazu führen, dass sich die Deutschösterreicher als Scharnier zwischen Reich und Österreich eine Vorrangstellung anmaßten.

Graf Gyula Andrássy als erster ungarischer Ministerpräsident ab 1867 vertraute Schweinitz deshalb auch an: „*Wir sind aus Deutschland hinausgeworfen und das ist gut.*“ Mehr als hundert Jahre später



Die Schlacht von Königgrätz (Detail); Georg Bleibtreu, 1868, Deutsches Historisches Museum

soll sich der ungarische Außenminister Gyula Horn an diese Zeit erinnern haben, als er 1989 auf Fragen empörter Alt-Kommunisten, was ihm die Bundesrepublik denn für die Grenzöffnung bezahlt habe, souverän antwortete: *„Nichts. Wir begleichen bloß eine alte Schuld. Im 19. Jahrhundert hat die deutsche Einheit die ungarische Freiheit gebracht. Diesmal wird es umgekehrt sein.“* Das Zitat ist schön, wenn auch vielleicht nicht bis in alle Einzelheiten stimmig. Der Ausgleich mit Ungarn, die Gründung der Doppelmonarchie – von „Kakanien“ mit all seinen liebevoll gepflegten staatsrechtlichen Absonderlichkeiten, mit oder ohne „Sisi“ – war wohl schon vor Königgrätz angelegt. Der Krieg von 1866 wirkte da allenfalls als Katalysator.

Dazu kamen allerlei ganz praktische Gründe, die gegen einen Revanchekrieg der Wiener sprachen: Die Österreicher waren gerade mitten in der Umstellung auf Hinterlader und allgemeine Wehrpflicht begriffen. Eine Mobilmachung wäre unter solchen Umständen kaum reibungslos vor sich gegangen. Österreich-Ungarn wartete im Sommer 1870 deshalb zuerst einmal ab. Wie sah es Kaiser Franz Joseph selbst? Wieder ist es Schweinitz, dem wir ein treffendes Zitat verdanken: Als er im Herbst, schon nach Sedan und der Abdankung Napoleons III., dem Kaiser seine Aufwartung

machte, äußerte sich Franz Joseph – in seiner Eigenschaft als fachkundiger Offizier – in höchsten Tönen lobend über die Erfolge der preußischen Armee, ihre Ordnung und Disziplin. *„Mein militärisches Herz hat sich gefreut über diese Erfolge und ich wünsche Seiner Majestät Glück dazu.“* Aber er machte aus diesem Herzen auch keine Mördergrube: *„Über die Sache selbst habe ich mich nicht freuen können, und das werden Sie auch nicht von mir verlangen!“*

An diesem Punkt setzt die Erfolgsgeschichte Bismarcks ein, dem es noch im Verlauf der 1870er-Jahre gelang, diese kühle Distanz zu überwinden. Zugute kam ihm dabei der nüchterne Realitätssinn Franz Josephs, der ein erklärter Feind aller „Wolken-schiebereien“ war. Der Satz, wer Visionen habe, gehöre zum Arzt – wahlweise diversen Bundeskanzlern der 1980er-Jahre zugeschrieben – hätte von ihm sein können. Franz Joseph machte das Beste aus der nun einmal gegebenen Situation und war zu einem Bündnis mit Bismarck bereit. Ein Krieg gegen das Deutsche Reich hätte eine Belastungsprobe dargestellt, der man unter allen Umständen aus dem Weg gehen musste. In dieser Beziehung ähnelte das Verhältnis Wiens zu Berlin der Haltung Englands zu den USA, wie sie sich damals herauskristallisierte, mit dem einen Unterschied: Was bei den Angelsach-



sen ein unausgesprochener nordatlantischer Nichtangriffspakt blieb, mündete in Mitteleuropa schon 1879 in ein Bündnis, das knapp davorstand, sogar in die Verfassung aufgenommen zu werden. Die Logik dieses „Zweibundes“ aber war: Wenn es irgendwann einmal Krieg geben musste, dann gegen Russland – mit Franz Josephs bestem Freund als Oberkommandanten im Osten, nämlich König Albert von Sachsen, der als Kronprinz 1866 bei Königgrätz noch auf seiner Seite gestanden hatte.

Als der preußische Feldmarschall Wrangel seinem österreichischen Kameraden Heß die Sprachregelung schmackhaft zu machen versuchte, den Krieg von 1866 doch einfach als „Duell unter Freunden“ zu betrachten, stieß er damit anfangs noch auf wenig Gegenliebe. Noch waren die Wunden zu frisch. Doch die nächsten Jahrzehnte ließen diese Betrachtungsweise zur Wahrheit werden. Das Schlachtfeld von Königgrätz legt bis heute davon Zeugnis ab: Dicht gedrängt und vermischt finden sich dort im Swiepwald und auf den Höhen von Chlum die Denkmäler österreichischer und preußischer Regimenter – in dieser Intensität von „Erinnerungskultur“ vergleichbar vermutlich nur mit Gettysburg, der Schlacht, die auf den Tag genau drei Jahre vorher stattgefunden hatte. Der „Süden“ hatte beide Male verloren. Die amerikanischen Südstaaten waren (gegen ihren Willen) in einen engeren Bund integriert worden, die Österreicher in einen weiteren Bund ausgelagert. Denn der Zweibund konnte als die Verwirklichung des Konzepts gelten, das schon Gagern 1849 nach dem Scheitern der großdeutschen Lösung aus- und angedacht hatte: ein Modell konzentrischer Kreise, mit einem engeren und einem weiteren Bund.

Die Deutschösterreicher verbanden mit der Reichsgründung von 1871 zwiespältige Gefühle: Auf der einen Seite machte sich bei ihnen ein gewisser Minderwertigkeitskomplex bemerkbar, wie er besonders in den Eifersüchteleien während des Weltkriegs immer wieder zum Vorschein kam: „Kamerad Schnürschuh“ fühlte sich von oben herab behandelt und nicht entsprechend gewürdigt. Zum anderen gingen die ös-

terreichischen Deutschen aber vielfach auch ganz selbstverständlich davon aus, im „Ernstfall“ automatisch die Hilfe der Brüder im Reich in Anspruch nehmen zu können, sobald die Gefahr bestünde, im Rahmen der heimischen Nationalitätenkonflikte unter die Räder zu kommen. Das geflügelte Wort lautete: Man würde „unsere Schmerzensschreie“ nicht überhören „draußen“. Bismarck war die Zumutung, die in diesem Gottvertrauen verborgen war, übrigens stets unangenehm: Er ermahnte die Österreicher vielmehr zur Anhänglichkeit an ihre angestammte Dynastie und ließ all seinen übereifrigen Bewunderern ausrichten, sie möchten ihn feiern nicht als nationalen Heros, sondern als den Begründer des Zweibundes.

Lange währt die großdeutsche Sehnsucht

Die großdeutsche Lösung war im oft strapazierten Hegel'schen Sinne aufgehoben. Sie war inaktuell geworden, auf einer höheren Ebene verwirklicht und gleichzeitig bewahrt worden, um wieder hervorzutreten, sobald die Lösungen von 1866/67, 1870/71 und 1879 nach dem „Großen Krieg“ von 1914-18 in die Brüche gingen. Sobald die Habsburgermonarchie zerfiel, blickten die Deutschösterreicher wieder auf das Reich – wie immer in der Politik, nicht ohne Hintergedanken: Die Sudetendeutschen wollten in erster Linie ihre Gebiete vor dem Zugriff der Tschechoslowakei retten; die katholischen Bauern in den Alpenländern ihren Viehexport sichern; die findigen Rechner die Lücke in der Zahlungsbilanz stopfen, die sich ergab, sobald Wien seiner Funktion als Drehscheibe des Donaumaums verlustig gegangen war.

Natürlich sei Österreich auch allein lebensfähig, gaben selbst überzeugte Befürworter des „Anschlusses“ zu: Es frage sich nur, lebensfähig auf welchem Niveau, vielleicht demjenigen Albaniens? Die Reichsbank fand aus eben diesen Gründen wenig Gefallen am Zuschussbedarf, der mit dem „Anschluss“ verbunden war. Die Diplomaten im Auswärtigen Amt übrigens auch: Frankreich als Siegermacht von Gnaden der USA war klarerweise dagegen, dass



Deutschland als Resultat des Kollaps von 1918 sechs bis zehn Millionen Deutsche mehr zählte, die „heim ins Reich“ wollten. Wenn sich dieser Zuwachs im Südosten schon nicht verhindern ließe, würden die französischen Militärs sich dann vielleicht doch noch durchsetzen mit ihrer Forderung, das Rheinland zu behalten? Dieses Risiko wollte man in Berlin und Weimar lieber nicht eingehen. Da fand man sich in der Wilhelmstraße zunächst einmal lieber mit dem „Anschlussverbot“ ab. Großdeutschland wurde vorerst auf Eis gelegt. Doch über all diesen Sonderinteressen schwebte das Wort des großen austromarxistischen Theoretikers Otto Bauer, der im Vollbewusstsein republikanischer Selbstgerechtigkeit verkündete: Die deutsche Teilung von 1866, wie sie die Dynastien mit ihren reaktionären Rivalitäten verschuldet hätten, gehe im Zeichen der Volkssouveränität nunmehr zu Ende. Oder, in der Sprache eines anderen Umbruchs gefasst: Jetzt wachse zusammen, was zusammengehört.

Diese großdeutsche Perspektive von 1918/19 war vom Unglück verfolgt: Ihre Verwirklichung 1938 unter den Vorzeichen des Exil-Österreichers Adolf Hitler hat sie dann erst recht nachhaltig diskreditiert. Dass aus dem 1918/19 geplanten friedlichen Zusammenwachsen nichts wurde, gehörte zu den immer wiederkehrenden Klagen der Zwischenkriegszeit und war Thema zahlloser Sonntagsreden. Das „Anschlussverbot“ verstieß nun zweifellos gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das ein Realpolitiker wie Clemenceau freilich auch niemandem versprochen hatte. Selbst die vielzitierten 14 Punkte des US-Präsidenten Wilson ließen da so manches Hintertürchen offen. Als sich die Engländer aufs hohe Ross schwangen und im Sommer 1918 mit dem Selbstbestimmungsrecht der Tschechen zu kokettieren begannen (aus Gründen, die mit Böhmen und dem Sudetenland denkbar wenig zu tun hatten), kommentierte der amerikanische Staatssekretär Lansing launig: Als Österreicher würde er jetzt als Retourkutsche einfach den Iren, Ägyptern und Indern die Unabhängigkeit versprechen. (In Wien dachte man übrigens tatsäch-

lich daran, ließ es aber dann aus naheliegenden diplomatischen Rücksichten doch besser bleiben.)

Doch wenn man von der pflichtschuldigen Empörung über Versailles und Saint-Germain für einen Moment abrückt und die Dinge nüchtern betrachtet: Brauchte es den Anschluss überhaupt (von handelspolitischen Quisquilien, Meistbegünstigungsklausel und Zuchtrindern einmal abgesehen). Wenn man politisch einer Meinung war, konnte man dann nicht auf staatsrechtliche Formeln verzichten, um im Sinne Moltkes getrennt zu marschieren und vereint zu schlagen? Wenn man aber nicht einer Meinung war, ersparte man sich ohne Anschluss vielleicht sogar überflüssige Streitigkeiten? Eine schrittweise Rechtsangleichung und ähnliche Dinge ließen sich auch ohne Anschluss verwirklichen. Ein gesamtdeutsches Handelsrecht hatte sogar noch der Deutsche Bund zustande gebracht. Eine Währungsunion scheiterte noch knapp vor 1938, weil die Österreicher darin nicht ganz zu Unrecht eine Schuldenunion sahen: Die Reichsmark sei im Zeichen des überbordenden „deficit spending“ ja demnächst nichts mehr wert...

Die Frage lässt sich mutatis mutandis immer wieder stellen: Nationale Selbstbestimmung, sprich bürgernahe Verwaltung in der eigenen Muttersprache, bringt zweifellos Vorteile – beim exponentiellen Wachstum der Bürokratie und ihrer Vorschriften heute mehr denn je! Aber wieviel (über-)nationalen Einheitsstaat, wie viel Berlin (oder Brüssel) braucht der Mensch? Ist die Einheit der Einigkeit in jedem Fall zuträglich? Otto von Habsburg hat die Deutschen in einem seiner vielen Bücher als das eigentliche Reichsvolk bezeichnet. Bei seinem Reichsbegriff hatte er dabei sicherlich nicht das zentralistische französische Modell im Auge, viel eher schon ein Commonwealth nach angelsächsischem Vorbild. Ein Reich ist nicht einfach ein Zentralstaat in größeren Dimensionen, sondern durch abgestufte Souveränität charakterisiert. Diese Unterscheidung sei der Beachtung empfohlen – gerade in Zeiten, wo so viel von Vielfalt die Rede ist, wenn Uniformität eingefordert wird.

Verschwindendes Land – verschwindende Kirche

Von Wolfram Schrems



Konsultiert man den Historischen Weltatlas von Walter Leisering, stößt man auf eine uns besonders interessierende Karte: Auf ihr wird die deutsche Besiedelung des europäischen Mittelostens vom 7. bis zum Ende des 14. Jahrhunderts dargestellt. In verschiedenen Farben werden die Stammlande und die Wellen der Kolonisierung markiert. Ausgewiesen sind auch Bischofssitze und Klöster der Benediktiner und Zisterzienser, also Zentren kirchlichen Dienstes und Einflusses. In welchem Zusammenhang steht die Volkwerdung, Strukturierung und Ausbreitung der Deutschen nun mit der Kirche? Was ist die Logik der christlich ausgeübten Herrschaft? Und warum lösen sich heute Land und Volk auf? Die Grundaussage der folgenden Ausführungen ist, dass die Kirche die dem jungen deutschen Volk zugrundeliegenden Volksstämme vom Barbarentum befreite, zivilisierte und damit auch deren Kontinuität in der Geschichte erst ermöglichte.

Wie nennt man in einer postchristlichen Zeit jemanden, der vom Glauben an das Unsichtbare motiviert wird, seine Heimat zu verlassen, um alleine oder mit wenigen Gefährten und unbewaffnet diesen Glauben in einer weit entfernten, höchstwahrscheinlich feindseligen Umgebung zu verkünden und dabei den Tod zu riskieren? Doch wohl einen Verrückten. Unsere Kultur und unsere schiere Existenz verdanken solchen „Verrückten“, den „Narren um Christi willen“ (1 Kor 4,10), allerdings vieles. Die iro-schottischen und danach die angelsächsischen Missionare waren initiativstarke Männer, deren „nachhaltige“ Wirkung bis heute anhält. Zur ersten Gruppe gehören etwa Gallus († 640, Arbon am Bodensee) und Kilian († 689, Würzburg). Zur zweiten Willibrord († 739, Echternach), Willibald († 787 oder 789, Eichstätt), Willehad († 789, Blexen in Niedersachsen) und besonders Wynfreh/Winfried, dem Papst Gregor II. den Namen Bonifatius gab und der „Apostel der Deutschen“ genannt wird.

Um 672 in Crediton in Wessex geboren, besuchte Bonifatius als Kind die Klosterschule der Benediktiner in Exeter, wo er eine hervorragende Ausbildung

genoss. Daraufhin wurde er Benediktinermönch in Nursling. Eine erste Missionsreise zu den Friesen scheiterte. Im Jahr 718 zog er nach Rom, um sich nunmehr vom Papst den Auftrag und Segen für die Mission zu holen. Fünf Jahre später fällt er unter fränkischem Schutz die Donar-Eiche bei Geismar und baute mit dem Holz eine dem hl. Petrus geweihte Kapelle. Die heidnischen Chatten betrachteten angesichts des Ausbleibens einer Racheaktion Donars den Gott des Bonifatius als den Stärkeren und ließen sich taufen. Bonifatius wurde apostolischer Legat für das Frankenreich und Erzbischof von Mainz. Er machte sich um die Belebung und Strukturierung der Kirche im Frankenreich verdient (und wegen seiner Sittenstrenge bei laxen Priestern und Mönchen unbeliebt). Er holte Landsleute aus England zur Unterstützung, unter ihnen auch Frauen: Lioba († 782 bei Mainz) sollte Äbtissin des Klosters Tauberbischofsheim, erfolgreiche Erzieherin des weiblichen Adels und Gründerin von Schulen werden.

Da Bonifatius seine Aufgabe als Organisator der Kirche zur Zufriedenheit von Päpsten und Franken-



*Bis zum heutigen Tag zehren
deutsche Nation und deutsche Kirche vom Wirken
des Heiligen, der ein „Baumeister des Abendlandes“ wurde.*



herrschern erfüllt hatte, folgte er abermals einem inneren Ruf zur Bekehrung der Friesen. Am Pfingstsonntag, dem 5. Juni 754 (oder 755) wurde er mit seinen Gefährten von heidnischen oder auch oberflächlich christianisierten Friesen bei Dokkum vermutlich in räuberischer Absicht erschlagen. (Der gläubige Sinn erkennt in diesem Tod, auch wenn es nur ein Raubmord gewesen sein sollte, ein Blutzeugnis für Christus. Bonifatius hätte ja auch zu Hause bleiben können.) Er wurde in Fulda, seiner Lieblingsgründung, begraben.

Bis zum heutigen Tag zehren deutsche Nation und deutsche Kirche vom Wirken des Heiligen, der ein „Baumeister des Abendlandes“ wurde. Es ist richtig, dass die Missionsarbeit von den fränkischen Hausmeiern (und ab 751 Königen) auch aus machttaktischen Gründen unterstützt wurde. Aber ist das per se schlecht? Wäre das Heidentum mit seiner Barbarei, einschließlich des Kannibalismus, besser gewesen? Oder der Islam, der ja erst 732 hinter die Pyrenäen zurückgeworfen worden war? Oder auch nur eine sittlich laxe und labil organisierte Landeskirche? Oder der damals immer noch starke Einfluss von Byzanz? Nein. Und Bonifatius wusste das. Er half bei der Eingliederung so vieler Stämme in die Kirche Roms. Dort erhielten sie Form und Bestimmung – und blühten auf.

. . .
Franken und Sachsen
. . .

Eine andere Eingliederung ging wesentlich schwerer vonstatten, brachte aber reiche Früchte. In manchen nationalen Kreisen wird Kaiser Karl der Große ausschließlich negativ gesehen: Man wirft

ihm vor, er habe das Frankenreich einer fremden Macht, der Kirche Roms, ausgeliefert. Er habe die edle heidnische Kultur der Sachsen zerstört. Er sei wegen des „Blutgerichtes“ in Verden an der Aller (782) ein „Sachsenschlächter“ gewesen. Aber ist das zutreffend? Das Blutgericht steht nicht isoliert da: Abgesehen von der wahren Zahl an Hinrichtungen, die viel niedriger als die traditionell genannte Zahl von 4.500 Hingerichteten gewesen sein dürfte, müssen auch die vorhergehenden Aufstände, Priestermorde und Verratshandlungen der Sachsen genannt werden.

Da sich die Sachsen nach Niederlagen jeweils unterworfen hatten, sah Karl zum Erstaunen seiner Großen mehrmals von Vergeltung ab. Als dann in der Schlacht am Süntel (782) die formell befriedeten Sachsen aber ein fränkisches Heer, das auf dem Zug gegen die Sorben war, vernichteten und Vertraute des Königs töteten, war das Maß voll. Der Sachsenadel selbst lieferte die Aufrührer zum Gericht aus, das kein Akt der Milde, aber auch nicht überschießende Rache war. Karl demonstrierte in den folgenden Jahren seine Übermacht. Der Sachsenherzog Widukind, Haupt der Rebellion, ergab sich. Nach einem eindrucksvollen Bericht Einhards, des Biographen Karls des Großen, betrat Widukind als Bettler verkleidet zu Aufklärungszwecken das Lager Karls. Dort sah er, wie ein Priester die Messe zelebrierte und dabei einen kleinen Knaben hochhielt. Der Knabe ließ sich dann von manchen Leuten gerne herzen, von anderen dagegen nicht. Nach seiner Enttarnung erzählte Widukind dem Frankenherrscher diese Beobachtung. Da erkannte Karl, dass der alte Feind einer Vision gewürdigt worden war:



Per me reges regnant.



„Du hast mehr gesehen als ich und alle meine Priester!“

Widukind nahm 785 in der Königspfalz Attigny die Taufe an, Karl war sein Taufpate. Was die Sachsen taten, taten sie nicht halbherzig: Sie wandten sich mit Eifer dem neuen Glauben zu. Das Christus-Epos *Heliand* (ca. 830) ist eine schöne Frucht der neuen Frömmigkeit und der Kunst der Sachsen. Eine andere Frucht ist die glückliche Verbindung von fränkischen und sächsischen Adligen im heiligen Ehebund, besonders hervorzuheben die hl. Ida von Herzfeld († 825), eine Verwandte der Karolinger, und Sachsenherzog Ekbert. Widukinds Urenkel Wigbert wurde 875 Bischof von Verden. Die hl. Mathilde († 968), Königin und Klostergründerin, stammte ebenfalls von Widukind ab. Schließlich sollten die sächsischen Liudolfinger im 10. Jahrhundert Könige und Kaiser stellen, unter ihnen Otto den Großen, den ersten römisch-deutschen Kaiser, Bezwinger der Magyaren († 973), und den hl. Heinrich II. († 1024), Gemahl der hl. Kunigunde († 1033). Und schließlich dürfen wir noch den seligen Jordan von Sachsen, Generalminister der Dominikaner († 1237 nach einer Visite der Ordensniederlassungen in den Kreuzfahrerstaaten vor Akkon) erwähnen.

Kann man im Ernst glauben, die Sachsen hätten als Heiden die Qualifikation zur Formgebung der deutschen Nation erlangt? Nein. Erst durch die Taufe erhielten sie Form und weltgeschichtliche Mission. Der Priester und Verfasser von Büchern zur deutschen Geschichte, Thomas Jentzsch, resümiert



Karl der Große empfängt die Unterfung Widukinds
Ary Scheffer, 1835, Palast von Versailles

den Herrschaftsantritt der sächsischen Kaiser so: *„Durch die Kaiserkrönung des deutschen Königs [Otto d. Gr.] durch den Papst wird eben diesbezüglich vor aller Welt offensichtlich und unwiderlegbar kundgemacht, dass aus den beiden legitimen Nachfolgestaaten des Fränkischen Reiches, dem Westfränkisch-Französischen Reich und dem Ostfränkisch-Deutschen Reich der deutsche König als der geeignetste und überragende Kandidat erwählt wurde und*

somit das Deutsche Reich Träger des Kaisertums und des Imperiums geworden war (...). Kaisersalbung und Krönung waren für ihn (...) eine heilige Weihe, die ihm eine gleichsam (quasi-)sakramentale Teilhabe am Priestertum der Kirche verlieh.“

Das sogenannte *saeculum obscurum* (882 – 1046) zeigt uns einige sehr schlechte Päpste. Dennoch schreibt Gott auch auf krummen Zeilen gerade – und bedient sich gerade der sächsischen Kaiser. Pater Jentzsch dazu: *„[Es bleibt das] historische Verdienst der deutschen Kaiser Otto I., Otto II., Otto III. und Heinrich III., dass sie durch die Auswahl und Bestimmung geeigneter Päpste gerade dem Reformwerk ‚auf die Sprünge halfen‘, es unterstützten und installierten, wenn sich auch tragischerweise dieses verantwortungsbewusste Handeln im klärenden Investiturstreit gegen sie wandte (...). Den Verfall des Papsttums konnten sie so betrachtet nicht zulassen. Herrschaft war nicht Selbstzweck, sondern nur gerechtfertigt als Dienst an der von Gott eingesetzten Ordnung.“*



Durch mich herrschen die Könige.



Diese Ordnung ist sinnvoll, sie partizipiert am ewigen Logos. Es ist unverständlich, dass heute von Kirchenführern, Denkern und Staatsmännern nicht laut und deutlich nach den oft stillschweigend vorausgesetzten weltanschaulichen Grundlagen der Regierenden, nach ihrer metaphysischen Verantwortung, nach der Logik, dem Logos des Regierens, gefragt wird. Gleichzeitig erhebt man sich dümmlich über das „unaufgeklärte“, „abergläubische“ „Mittelalter“. Die aus dem 10. Jahrhundert stammende Reichskrone legt aber für ein hohes Ethos des Herrschers Zeugnis ab. Auf der Christus-Platte steht geschrieben: *Per me reges regnant.* („Durch mich herrschen die Könige“), Spr 8,15. An dieser alttestamentlichen Stelle spricht die personifizierte Weisheit, im Licht des Neuen Testaments ist es ein Vorverweis auf Christus als Weisheit und Logos Gottes. Der Träger dieser Krone wird nicht unfehlbar, aber das Wissen um den Auftrag schafft Verantwortungsbewusstsein und begrenzt die Willkür. Der Kontrast dazu wäre der heidnische oder islamische Despot – oder die gegenwärtige Corona-Diktatur mit ihren Kunstfiguren und Hintermännern.

Conclusio

Es ist wohl klargeworden, dass der eingangs erwähnte, im Atlas dargestellte Zusammenhang von deutscher Kolonisierung Ostmitteleuropas und der Errichtung von Bistümern und Klöstern einer in-



Die Versöhnung Kaiser Ottos des Großen mit seinem Bruder Heinrich; Alfred Rethel, 1840

neren Logik entspricht: In den Jahrhunderten der Konstituierung und Entwicklung des deutschen Volkes war das Bewusstsein der Regierenden und Regierten von der Teleologie, der Zielgerichtetheit des Lebens und Tuns, geprägt. Im Lichte des kirchlichen Glaubens wusste man, wofür man lebte: im Dienst Gottes und zur Erlangung des ewigen Lebens. Keine Götterdämmerung mehr, keine Sinnlosigkeit mehr, stattdessen Hoffnung, aber auch Verantwortung: Herrscher und Beherrschte wussten, dass sie in *statu viatoris* sind und ihr Ziel noch nicht erreicht haben. Auf dieses richteten sie ihr Handeln aus. Dadurch wurde geschaffen, was uns heute noch trägt.

Aber wie lange noch? Denn in Zeiten der radikalen Verwerfung der Teleologie, mitverursacht durch hochverräterische Kirchenmänner, ist alles absurd geworden. Der nackte Konformismus triumphiert. Wer ist da „unaufgeklärt“, wer ist „abergläubisch“? Es liegt in der Logik der Sache, dass das Land gleichzeitig mit der Kirche „verschwindet“. Von beidem existieren noch die Fassaden und Bürokratien. Inhalt und Zielsetzung sind verschwunden.

Auf dem Hintergrund der oben dargestellten Missionare und Herrscher müssen sich die Träger der heutigen kirchlichen und politischen Macht im deutschen Sprachraum mit wenigen Ausnahmen als geradezu boshafte Karikaturen ausnehmen. Sinnbildlich ist, dass der Salzburger Erzbischof und Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz dieses Verschwinden betreibt – und das als *Primas Germaniae!*

Jörg Mayer

Die ersten Austrasier

Eine Reise zu den Ursprüngen Deutschlands



Jede Nation hat ihr Heroisches Zeitalter. Für die Griechen war es jene Vorzeit, als ihre Ahnen vor Troja lagen, die Sieben gegen Theben zogen und die Herakliden auf dem Peloponnes herrschten. Die Römer wiederum erinnerten sich der Tage, als Gaius Scaevola seinen Arm in den Feuerkelch legte, Horatius Cocles die Tiberbrücke gegen die Etrusker hielt und die Dioskuren am Regillus wider die Latiner wüteten. Das deutsche Heroische Zeitalter ist die Völkerwanderung, die sich verklärte in Liedern und Geschichten, von Dietrich von Bern und dem Zwergenkönig Laurin, von Walther und Hildegund am Hofe des Hunnen Attila und von der Nibelungen Not.

Kaum etwas von diesen Geschichten ist aber deutsche Geschichte – die Geschichte der Daheimgebliebenen. Das Morgengrauen dieser deutschen Geschichte liegt am Rhein, wo römische Zivilisation und germanische Immigration aufeinandertrafen. Schon um die Mitte des 4. Jh. mussten die Römer den immer wieder einfallenden Franken ihre ersten Ansiedlungen gestatten. Franken dienten schon bald als Eliteformationen im Reichsheer, ihre Besten – Männer wie Merobaudes, Richomer, Bauto, Arbogast – avancierten bis zum Generalsrang oder wurden sogar Konsuln. An der Schwelle zum 5. Jh. übernahmen die Heermeister faktisch die Herrschaft im Westreich.

Diese erste „Germanisierung“ führte ebenso zum Eingreifen des Ostrichs, wie sie sich in fremdenfeindlichen Übergriffen auf fränkische Offiziersfamilien entlud. Unter dem von Illyrien bis Britannien siegreichen Generalissimus Stilicho dienten die Franken gleichwohl weiterhin als Grenztruppe. Den großen Rheinübergang von 406, bei dem u.a. die Vandalen den Limes durchbrachen, konnten sie aber nicht verhindern, und auch die Goten, deren sich Stilicho als wichtigste Verbündete bediente, entglitten der Zentralgewalt nach seiner Ermordung durch den eifersüchtigen Kaiser. Unter ihrem König Alarich sollten sie Rom im Jahre 410 einen denkwürdigen Besuch abstatten – wie man es seit dem Gallierfürs-

ten Brennus achthundert Jahre zuvor nicht mehr erlebt hatte. Das Endspiel hatte begonnen.

Der neue Heermeister in Gallien, ein Mann namens Constantius, stabilisierte die Lage vorerst und verlegte sich von Grenzverteidigung ganz auf mobile Kriegsführung. Indem die Völkerwanderung bald aber einen Stammesverband nach dem anderen in Bewegung setzte, ließ sich das Rad nicht mehr zurückschleppen: Wo immer die Reichsmacht zurückwich, übernahmen die Einwanderer, die sich in so kurzer Zeit nicht mehr in die römische Lebensart assimilieren ließen, das Land.

Morgengrauen am Rhein

Im Spannungsfeld von graeco-romanischer Zivilisation und *habitus barbarus*, von Gehorsam und Freiheitsdrang, Fremdenliebe und Eigensinn, Reichstreue und Stammesouveränität, tritt uns um die Mitte des 5. Jahrhunderts der erste historisch fassbare Merowinger entgegen – der Sage nach Enkel eines gewissen Marcomer, der sich als Römerfeind einen Namen gemacht hatte, und Sohn eines Märchenkönigs namens Faramund. An Chlodio, von dem hier die Rede ist, zeigt sich bereits das gewachsene Selbstbewusstsein der Salfranken, auf die auch Aëtius, der letzte große Heermeister der Römer im Westen, als Förderaten nicht mehr verzichten konn-



*Einen sehr guten Überblick über die Geschichte
der merowingischen Herrscher bietet Eugen Ewig:
Die Merowinger und das Frankenreich,
Stuttgart: Kohlhammer 1988*



te. Gemeinsam mit Römern und Goten kämpften sie 451 auf den Katalaunischen Feldern siegreich gegen die Hunnen.

Der Tod des großen Aëtius – auch er wurde von einem eifersüchtigen Kaiser umgebracht – stürzte das Römische Reich erneut in eine tiefe Krise. Schon im Folgejahr 455 suchten die Vandalen, die sich bereits der Kornkammer Afrika bemächtigt hatten, unter ihrem König Geiserich Rom heim. Nun sahen sich auch die rheinischen Franken nicht mehr an das Imperium gebunden,

rissen sich u.a. die alten Römerstädte Köln, Mainz und Trier aus dem auseinanderbrechenden Körper, während Chlodios salische Franken aus dem Gebiet des heutigen Belgien nach Gallien expandierten. An den Gestaden des Landes, weiß der Chronist Fredegar zu berichten, betrug es sich nun, dass sich Chlodio *„einmal im Sommer mit seiner Gattin an den Meeresstrand begeben; als seine Gemahlin mittags zum Baden ins Meer hinauswatete, habe sie ein Meerungeheuer mit Stierkopf angefallen. Ob sie nun daraufhin von dem Untier oder von ihrem Mann empfing – sie gebar jedenfalls einen Sohn mit dem Namen Meroveus, nach dem später die Könige der Franken Merowinger genannt wurden.“*

Mit jenem Merowech hebt nun ein Stammbaum an, dem es an wahren Stieren nicht ermangelte – die Stiersymbolik: eine Reminiszenz an die alten Zeiten, als diese Tiere kultische Verehrung genossen, aber auch ein Zeichen der Fruchtbarkeit und Erhabenheit des Geschlechtes. Das Zurückweichen



Eine fromme junge Frau verteidigt die ihr anvertrauten kirchlichen Kultgegenstände gegen die Raubgier der Goten; Cesare Tallone, 1879

der Reichsherrschaft bot Merowechs Sippe die Möglichkeit, ihre eigenen Herrschaften zu begründen, wenn auch mit dem General Aegidius bald wieder ein potenter römischer Feldherr auftrat, mit dem gutes Einvernehmen zu wahren war. In dessen Bürgerkrieg gegen den neuen starken Mann in Rom, den Generalissimus Ricimer (der römisch erzogen, aber selbst germanischer Abstammung war), standen Römer und Germanen auf beiden Seiten. Eine einheitliche Reichspolitik gab es nicht mehr, Römer

kämpften gegen Römer, Germanen gegen Germanen. Gleichwohl war klar, dass auch ein Merowech den römischen Amtsträgern untergeordnet war, nur mit ihrer Duldung regieren konnte.

Doch mit dessen Sohn Childerich sollte sich auch das nachhaltig ändern. Zwar ist wenig bekannt über dessen frühe Lebensjahre, doch die politischen Verhältnisse boten klugen und tapferen Männern nunmehr alle Möglichkeiten zum Aufstieg. Nur die harte Hand Ricimers hielt das Imperium noch zusammen, Italien, Südgallien und Spanien folgten ihm, dazu Westgoten und Burgunder. Die Salfranken und die Reste des Reichsheeres in Nordgallien leisteten diesem Regime Widerstand, und an Aegidius' Seite trat Childerich ins Rampenlicht der Geschichte. Nach Aegidius' Ableben ging er mit dessen Offizier Paulus 469 gegen sächsische Piraten vor, die sich an der Loire-Mündung festgesetzt hatten, und hier erwies sich das Schicksal dem einen günstig, dem anderen nicht: Paulus fiel beim Entsatz der Stadt



Angers, Childerich übernahm die Führung, vertrieb die Sachsen und konsolidierte seine Machtposition.

Unterdessen versank Italien mehr und mehr im Chaos, seitdem ein gemeinsamer Rückeroberungsversuch Afrikas durch Heere beider Reichshälften mit der Vernichtung der römischen Flotte geendet hatte. 472 fiel Rom erneut, dieses Mal an Ricimer und seine Truppen, der längst sein eigenes Spiel spielte und dem östlichen Kaiser Leo I. zunehmend unerträglich wurde.

Childerich hielt zu allen guten Beziehungen, langsam wuchs seine Macht über die anderen fränkischen Großen hinaus. Obwohl selbst heidnischen Glaubens, suchte er das gute Einvernehmen mit dem Episkopat, wie die Briefe des Bischofs Remigius von Reims zeigen. Childerichs Verhältnis zu seinem neuen römischen Gegenüber war dagegen weniger rosig: Paulus' Nachfolger Syagrius hielt noch bis in die 480er-Jahre den römischen Adler in Gallien hoch, doch ihm sich unterzuordnen, kam für Childerich nicht mehr infrage. Von Rom war keinerlei Machtwort mehr zu erwarten: Der tyrannische Ricimer war einem Blutsturz erlegen, kurz nachdem er den aus dem Osten gekommenen Mitkaiser Anthemius besiegt und hingerichtet hatte.

So sandte der im Sterben liegende Leo I. nun 474 Julius Nepos als Mitkaiser mit einem kleinen Heer in den Westen. Doch jener wurde schon im folgenden Jahr vom mit germanischen Hilfstruppen herrschenden Heermeister Orestes nach Dalmatien vertrieben, wo er bis 480 als letzter legitimer römischer Kaiser des Westens im Exil lebte. Orestes wiederum rief seinen Sohn zum Kaiser aus, der den Spottnamen Romulus Augustulus bekam – bis die germanischen Krieger auch Orestes und Romulus Augustulus be-



Schlacht bei Soissons 486,
Bildteppich, Arras (vermutl.), um 1440

seitigten, als sie ihren Forderungen nach Land und Vorrechten nicht entsprachen. Der neue Kriegsherr Italiens wurde deren Rädelsführer, der germanische Offizier Odoaker. Das Ende war gekommen.

Chlodwig der Große

Childerichs Grab wurde 1653 in der Nähe der Pfarrkirche St. Brictius in Tournai (dt. Dornick) in Belgien wiederentdeckt. Beigegeben waren zahlreiche Waffen wie Spatha, Sax, Lanze, Franziska

und Schildbuckel, dazu Hunderte goldene Anhänger in Form von Bienen, außerdem ein Siegelring mit dem Königsnamen. Ein goldener Stierkopf erinnerte an den göttlichen Ahnherrn der Merowinger. Zugleich kennzeichneten das Paludamentum, der römische Mantel, sowie die goldene Zwiebelkopffibel desselben den römischen Offizier.

Er hinterließ einen 16-jährigen Sohn, der ihm als König der Salfranken 482 folgte. Zu diesem Zeitpunkt bestanden römische Herrschaften im Westen noch in Dalmatien, Nordgallien und Südspanien. Die Masse des Reichsgebiets beherrschten Germanen: Afrika die Vandalen, die Hauptteile Spaniens und Galliens die Westgoten, im Rhône-Tal hatten die Burgunder ihr mächtiges Reich, am Oberrhein die Alemannen, in Italien regierten die Söldnertruppen Odoakers. In Deutschland selbst teilten sich zahlreiche Stämme das Land: Nördlich der Donau saßen die Heruler, Rugier, Sueben und Langobarden, in Zentraldeutschland die Chatten und Thüringer, an der Nordsee die Warnen und Sachsen.

Die führende Macht der Zeit waren die Westgoten unter ihrem König Eurich, der Hof in Toulouse (dt. Tholosen) hielt. Chlodwig war gut beraten, das Einvernehmen zu suchen, zumal die gotische Macht



einen weiteren Zuwachs erfuhr, als Theoderich, der König der Ostgoten (der Dietrich von Bern aus der Sage) mit Billigung Kaiser Zenos gegen Odoaker zog, ihn nach 2-jähriger Belagerung vor Ravenna in der „Rabenschlacht“ besiegte und anschließend bei einem Versöhnungsmahl eigenhändig erschlug. Mit seiner Herrschaft gewann Italien erstmals seit einem Jahrhundert Frieden. Im Schatten dieser weltpolitischen Ereignisse ergriff auch Chlodwig die Initiative und zog gegen das verbliebene Reichsheer



Chlodwig in der Schlacht gegen die Alamannen, Bildteppich, 17. Jh., Kathedrale von Reims

des Syagrius, das er 486 bei Soissons besiegte. Damit wurde das römische Gallien zur Francia.

Die Beute war reich, doch schützte Chlodwig die Kirche vor Übergriffen. Seine Innenpolitik zielte auf einen friedlichen Ausgleich zwischen germanischer und romanischer Bevölkerung, seine Außenpolitik auf Verständigung mit den Nachbarreichen, gipfelnd 492 in der Hochzeit Chlodwigs mit Chrodechild, der Nichte des Burgunderkönigs Gundobad, sowie in der Hochzeit des Ostgotenkönigs Theoderich mit Audofleda, der Schwester Chlodwigs, im Jahr darauf. Seine Töchter vermählte Chlodwig mit dem burgundischen Königssohn Sigismund und dem Westgotenkönig Alarich II. Der Friede hielt immerhin bis 496, als die Alemannen ins rheinische Frankenland einfielen. Beim alten Römerkastell Zülpich siegte Chlodwig so gründlich, dass sich die Alemannen unterwerfen mussten. Laut den Berichten Gregors von Tours soll der König auf dem Höhepunkt der Alemannen-Schlacht gelobt haben, sich taufen zu lassen, erränge er den Sieg. Bischof Remigius vollzog die Taufe, mit Chlodwig nahmen 3000 fränkische Krieger das Christentum an. Der Erfolg festigte Chlodwigs Ansehen, woraufhin er die rivalisierenden rheinfränkischen Edlen beseitigte und

deren Land seinem werdenden Reich zuschlug.

Die Frage der Konfession spielte bei Chlodwigs Taufe eine entscheidende Rolle: Vandalen, Goten und Burgunder waren arianische Christen, der Glaubensstreit war in der Reichskirche aber zugunsten des Trinitarismus ausgegangen. Franken und Römer zu vereinen vermochte daher nur ein Übertritt zur römischen Konfession, und katholisch war auch Chlodwigs burgundische Gattin Chrodechild. Die alten Götter aufzugeben war indes

nicht leicht, bedeutete es ja auch, die göttliche Abstammung des Königshauses aufzugeben. Doch das Sieghelfermotiv des mächtigeren Gottes und politische Erwägungen gaben den Ausschlag. Eine Entscheidung für den Arianismus hätte dabei nicht nur die innere Festigung des Reiches gehemmt, sondern die Franken in das hegemoniale System Theoderichs des Großen eingegliedert. Chlodwig wählte den anderen Weg.

Der Krieg mit den Goten folgte auf dem Fuß, ein erstes Vorspiel bildete der Thronstreit zwischen König Gundobad von Burgund und seinem Bruder Godegisel. Chlodwig unterstützte Letzteren, Alarich II. ersteren, Theoderich vermittelte den Frieden. Nachdem Chlodwig 506 einen stammesweiten Aufstand der Alemannen niedergeschlagen hatte, gratulierte Theoderich, mahnte aber zugleich, seine Einflusssphäre zu respektieren. Seine Gesandtschaften versuchten, ein allgemeines Friedenssystem zu etablieren, das auch die übrigen Stämme Deutschlands mitumfasste. Doch Chlodwig war fest entschlossen, die gotische Hegemonie zu brechen. 507 proklamierte er den Kampf als Religionskrieg zwischen katholischen und arianischen Christen. In der Schlacht von Vouillé errang er einen vollständigen



Portrait Alarich II. (Detail); Carlos María Esquivel y Rivas, 1856, Museo del Prado

digen Sieg über die Westgoten, deren Hauptstadt an die Franken und deren König Alarich II. in der Schlacht fiel. Nur ein Eingreifen von Theoderichs Ostgoten unterband erneut weitere fränkische Eroberungen. Als Chlodwig seinem Sieghelfer, dem heiligen Martin, in der Basilika von Tours seinen Dank abstattete, erwartete ihn eine Gesandtschaft aus Konstantinopel, die ihm Purpurtunika, Chlamys und Diadem übersandte, seine Reichsgründung bestätigte und ihn zum Ehrenkonsul des Römischen Reiches ernannte, womit Chlodwig zum Stellvertreter des Kaisers aufstieg.

Mit der *Lex Salica* wurde nun erstmals germanisches Recht kodifiziert, die Standessordnung über freie Germanen mit vollem Wergeld, freie Römer und halbfreie Germanen mit halbem Wergeld sowie Sklaven ohne Rechtsstand festgelegt. Die Urform des königlichen Dienstadels mit dreifachem Wergeld bildete das fränkische Königsfolge, alle

Römer, die Tischgenossen des Königs waren, die Amtsträger in Heer, Gericht und Verwaltung sowie die Kuriere und Büttel des Reiches. An die Stelle der vormaligen gotischen Machthaber in Südgallien berief Chlodwig Amtsträger aus der einheimischen Senatorenaristokratie. 511 versammelte Chlodwig eine Synode in Orléans, auf der sich die merowingische Reichskirche konstituierte, womit das Königtum eine dauerhafte Stütze bekam.

Chlodwig starb noch im gleichen Jahr, im Alter von nur 45 Jahren, auf der Höhe seiner Macht, aber er hinterließ ein mächtiges Reich. Beigesetzt in der von ihm errichteten Pariser Apostelbasilika, traten seine vier Söhne die Nachfolge an: der von einer fränkischen Herrin um 484 geborenen Theuderich und dessen jüngere Halbbrüder Chlodomer, Childbert und Chlothar von der burgundischen Prinzessin Chrodechild. Wie Chlodwig es verfügt hatte, teilten sie die Herrschaft *aequa lance* untereinander auf.



Chlodwig und Chlothilde; Antoine Gros, um 1811, Skizze für die Kuppel der Kirche Sainte-Geneviève

Die ideelle Einheit blieb gewahrt, die Wahl der vier Residenzen, alle im Kerngebiet der neuen *Francia* gelegen, brachte dies zum Ausdruck: Theuderich nahm seinen Sitz in Reims, seine Brüder residierten in Orléans, Paris und Soissons. Von Aquitanien, dem galloromanischen Gebiet südlich der Loire, erhielt jeder einige *civitates*.

Die erste austrasische Dynastie

Theuderichs Reichsteil war der größte, er umfasste das ganze fränkische Rheinland, die alemannischen Gauen und das deutsche Hinterland, soweit befriedet – Gebiete, die wirtschaftlich und kulturell bedeutungslos waren, aber eine völkisch-kriegerische Kraftquelle bedeuteten. Damit schirmte Theuderich auch die Außengrenze, war er doch der einzige Sohn Chlodwigs, der beim Tod seines Vaters voll erwachsen war.

523 griffen die drei Chrodechilsöhne, offenbar nun alt genug für große Taten, zum ersten Mal Burgund an. Mit ihrem Sieg über den Burgunderkönig Sigismund fiel dessen ganze Familie den Häschern zum Opfer. Doch das Geschick wandte sich schnell: Eine Niederlage im Folgejahr bei Vézeronce brachte Chlodomer den Schlachtentod, die beiden jüngeren Brüder zogen sich zurück. Es war nur das große Luftholen vor dem nächsten Sprunge: Als die beiden auch gegen die Westgoten losschlügen, besiegten sie deren König Amalarich bei Narbonne vollständig. Der über die Pyrenäen nach Süden flüchtige Gotenking wurde in Barcelona erschlagen. Das Ansehen Childeberts und Chlothars war nun stark genug, das Erbe ihres gefallenen großen Bruders Chlodomers gegen den Willen der Mutter Chrodechild an sich zu reißen, die als Heilige Chlothilde auch heute noch die Patronin der Notare ist. Zwei seiner drei Nefen erschlug Chlothar eigenhändig, der überlebende



Der Oströmische Kaiser Justinian und sein Rat; Illustration, 19. Jahrhundert

Jüngste trat schnell in den Klerus ein. Den Löwenanteil des Erbes strich Childebert ein.

Nun folgte auch, 532 bei Autun, die endgültige Abrechnung mit Burgund. Der älteste Chlodwigsohn Theuderich beteiligte sich an all diesen Kämpfen nicht, doch sein Sohn Theudebert stieß im väterlichen Auftrag weit in die westgotische Narbonensis und die ostgotische Provence vor. Dessen Gemahlin wurde übrigens Wisigard, die Tochter des Langobardenkönigs Wacho. Die Franken begannen also, selbst im Konzert der Mächte mitzuspielen. Ein Krieg gegen die Thüringer machte deren König Hermenefred tributpflichtig, wobei die Länder an der mittleren Elbe, an Saale und Main dem Frankenreich zufielen. 533 starb Theuderich und Theudebert erbt den mächtigen deutschen Reichsteil seines Vaters, ohne dass seine zwei Onkel sich an seinem Leben vergreifen konnten.

Seine Regentschaft fiel in die Hochzeit eines weltgeschichtlichen Kräfteingens, in dessen Schatten er selbst eine kaisergleiche Stellung errang. Denn die Antike im Westen neigte sich ihrem Ende zu, und vor diesem Hintergrund hatte der Kaiser, Justinian der Große (482-565), das Ziel der *Restauratio Imperii* ins Auge gefasst, der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Herrschaft im gesamten Mittelmeerraum. Die politische Lage war günstig dafür: Im Herbst 534 war Athalarich, der einem ausschweifenden Lebensstil zugetane Nachfolger Theoderichs des Großen, noch vor seinem 20. Geburtstag gestorben. Die Königsmutter Amalawintha hatte daraufhin ihren Cousin Theodahad an der Herrschaft beteiligt, um Rückhalt bei den ostgotischen Kriegern zu finden, denen ihre Annäherung an die römische Lebensart suspekt war. Doch der undankbare Mitregent ließ sie im Frühjahr 535 auf einer Insel am Bolsenasee



Belagerung der von Belisar verteidigten Stadt Rom durch die Ostgoten unter Witigis, 537; Holzstich, um 1880

festsetzen und im Bade erwürgen. (Diese Ereignisse hat Felix Dahn 1876 in seinem berühmten Roman *Ein Kampf um Rom* verarbeitet, 1968 von Robert Siodmak auch zweiteilig verfilmt.)

Bei den Römern wegen seiner Habsucht bald verhasst, suchte Theodahad das Einvernehmen mit Kaiser Justinian in Konstantinopel, doch jener war gewillt, in Italien selbst für Ordnung zu sorgen. Ursprünglich hatte er seinen General Belisar im Jahre 533 zwar nur nach Karthago geschickt, um Kronstreitigkeiten im Vandalenreich zu regeln. Doch die militärische Expedition wurde zu einem unerwarteten Erfolg: Die Vandalen wurden zweimal vernichtend geschlagen, ihr König Gelimer nach Konstantinopel überführt, wo er über den Protz und die Eitelkeit der Hauptstadt in sein berühmtes Gelächter ausgebrochen sein soll. Belisar landete nun auch auf Sizilien, stieß erfolgreich weiter nach Norden

vor und besetzte 536 Rom. Als Theodahad sich daraufhin dem Kaiser unterwarf, stürzten die Ostgoten ihn und erhoben Witichis zum König. Als Preis dafür, dass die Franken nicht aufseiten des Reichs in den Krieg eintraten, zederte Witichis ihnen die Provence, womit jene erstmals einen Zugang zum Mittelmeer gewannen.

Witichis musste sich 540 in Ravenna vor Belisar geschlagen geben, die Ostgoten zogen sich nach Norden über den Po zurück. Der Kaiser sanktionierte den Merowingern all ihre Erwerbungen und ein Jahrzehnt lang bestanden nun beste Beziehungen zum Kaiserhof, wobei die Franken drüben die Westgoten in Schach hielten und hüben die kaiserliche Armee die Ostgoten, die allerdings unter ihrem neuen König Totila in den folgenden Jahren wiedererstarkten und den Hauptteil Italiens zurückgewannen. Erst die zweite Phase der Goten-



kriege, die nun folgte, beendete durch die beiderseitige brutale Kriegsführung und die Zerstörungen an der römischen Infrastruktur die Antike in Italien. Im Rücken der Gotenkriege nutzte Theudebert die Gunst der Stunde, selbst Eroberungen zu machen, und marschierte u.a. in die Mailänder Provinz ein. Seine guten Beziehungen zu den Langobarden und den Gepiden nutzte er umsichtig, um die fränkische Herrschaft im Alpenraum zu festigen und bis nach Venetien auszudehnen.

Die wachsende Machtfülle Theudeberts ließ in Konstantinopel erste Befürchtungen aufkommen, nicht zuletzt da jener sich bald ein imperiales Auftreten anmaßte, Goldsolidi mit eigenem Bild prägen ließ und in Arles, der letzten reichsrömischen Hauptstadt in Gallien, nach kaiserlicher Art Zirkusspiele abhalten ließ. Zu deutlich war es geworden: Die Franken verstanden ihr Regnum nicht mehr als Teil des Imperiums.

Der erste Staat auf deutschem Grund

Als König Theudebert 547 starb, umfasste der fränkische Herrschaftsraum das gesamte Gebiet des heutigen Frankreich sowie der alten Bundesrepublik Deutschland einschließlich der heutigen Schweiz und weiter Teile Österreichs, mit Ausnahme der noch westgotischen Provinz Septimanie im Süden, der autonomen Bretagne im Westen und dem sächsischen Stammesgebiet. Das Königshaus war so angesehen, dass der Herrschaftswechsel auf Theudeberts minderjährigen Sohn Theudowald (seine Mutter war eine kurz nach seiner Geburt verstoßene gallorömische Konkubine) problemlos vonstattenging. Die kurz bemessene Regierungszeit Theudowalds war geprägt von Bemühungen, Auswirkungen der *Restauratio Imperii* auf die Franken abzuwenden.

Denn die Entscheidung in den Gotenkriegen war gefallen, als Justinian 551 seinen General Narses mit weiteren Truppen nach Italien sandte. Über Illyrien auf dem Landweg stieß dieser in die Po-Ebene

vor und vernichtete am 1. Juli 552 das ostgotische Aufgebot in der Schlacht von Busta Gallorum. König Totila fiel mitsamt 7000 Männern bei geringen Verlusten aufseiten der Römer. Noch im selben Jahr fiel auch sein Nachfolger, der „schwarze Teja“, in der Schlacht am Milchberg bei Neapel. Die Ostgoten waren Geschichte. Auch die fränkischen Eroberungen in Norditalien konnten nun nicht mehr gehalten werden. Ein Heer, das Theudowald 553 unter der Führung zweier alemannischer Herzöge die Apenninenhalbinsel plündern ließ, wurde schon im folgenden Jahr auf dem Rückweg am Fluss Casilinus bei Capua von Narses, angeblich bis auf nur fünf Überlebende, aufgerieben. In den folgenden zehn Jahren sollte der kaiserliche Feldherr eine fränkische Garnison nach der anderen erobern und die Franken auf die Alpengrenze zurückwerfen.

Bereits 555 starb der schon früh kränkliche Theudowald ohne einen Nachfahren. Sein Reichsteil fiel an die Großonkel zurück, sodass König Chlothar nach dem Ableben seines Bruders Childebert 558 das ganze Reich wieder in einer Hand vereinte, freilich nach der fränkischen Weise erneut unter seine Söhne teilen würde. Die *Restauratio Imperii* indes war in einem überschaubaren Rahmen erfolgreich verlaufen: Afrika, Italien, Illyrien und Südspanien waren zurückgewonnen, das Vandalenreich für immer vernichtet, die Vormacht der Goten vollständig gebrochen. Zugleich war aber mit den Franken eine neue Großmacht erwachsen, und schon in den 570er-Jahren sahen sich die Römer mit neuen Eroberern konfrontiert: Als letzter Ausläufer der Völkerwanderung fielen die Langobarden in Italien ein. Die Umgestaltung Europas, dessen Regionen eine nach der anderen ihre alten lateinischen Namen verloren und ihre neuen volkstümlichen Namen bekamen, ließ sich nicht zurückdrehen, und es war die hier geschilderte Zeit, in der Deutschland als ein politischer Raum zum ersten Mal eine geschichtliche Bedeutung erfuhr, von der Peripherie der Geschichte mit in ihren Mittelpunkt rückte.



Denn in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts hatte sich die erste lose Eingliederung der deutschen Stämme in das Königreich der Franken vollzogen, das noch in späteren Quellen antikisierend als *Germania et Gallia* umschrieben wird. Wie alle germanischen Regna war dieses Königreich zumindest ein Zwei-Völker-Staat – und ein Teil des *Hesperium Regnum*, des „Abendlandes“, ein Begriff, der bereits den germanisch überformten romanischen Westen des Imperiums bezeichnete. Chlodwigs Volk dürfte im Kern nicht mehr als 80.000 Mann stark gewesen sein, doch sah sein Königreich einen stetigen Strom neuer Siedler aus dem alten Ostreich oder „Austrasien“, wie das Frankenland an Mosel, Rhein und Maas bald genannt wurde, ins neue Westreich oder „Neustrien“, dem Land an Seine und Loire. Das Ergebnis der germanischen Kolonisation bedeutete kein „finsternes Mittelalter“, sondern eine fruchtbare Verbindung, wie sie etwa Isidor von Sevilla für Spanien mit der Metapher der Braut ausdrückte, die von den Goten in eine glückliche Ehe geführt worden war. Es war eine völkergebärende Durchmischung, ein großes Umrühren der Kultur, aus dem das unverwechselbare Antlitz des heutigen Europas seinen Anfang nahm.

Erben des Römischen Reiches

Die Franken waren nicht als Feinde Roms gekommen, sondern als Erben. Schon Childerich hatte die Soldaten des römischen Reichsheers in seinen Volksverband aufgenommen. Während die Länder im Norden dünn bevölkert gewesen waren und so Ziel einer fränkischen Landnahme und eines neuen Kriegeradels wurden, bestanden im Süden die spätantike Städttekultur und ein gebildeter gallo-römischer Senatorenstand fort. Trotz manchen Wüstungen blieb auch die Organisation der Bistümer bestehen, deren Metropolitane und Bischöfe die städtische Ordnung aufrechterhielten und auch als Bauherren (Basiliken, Hospitäler, Wasserleitun-

gen) auftraten. Die Antike ging in Europa sohin nie ganz zuende. Selbst die römischen Glasereien, Töpfereien, Steinbrüche und Weingärten produzierten größtenteils weiter, so bildete etwa die Moselromania zwischen Koblenz und Trier noch bis 1200 ein geschlossenes römisches Siedlungsgebiet in Deutschland. Und auch die Geldwirtschaft überlebte: Der von Kaiser Konstantin eingeführte Goldsolidus wurde weiter geprägt, und Theudebert gab dem Bischof Desideratus von Verdun ein Darlehen von 7000 Goldsolidi für die Verduner Kaufleute. Bedeutendste Münzstätte blieb Marseille als Haupthafen der Provence, von wo aus Diplomatie und Handelsverkehr mit dem Kaiser in Konstantinopel geführt wurden.

Die Franken behandelten die unterworfenen Stämme, so etwa ihre burgundischen Reichsgenossen, ehrenhaft. Gegenüber den Alemannen begnügten sich die austrasischen Könige mit der Anerkennung ihrer Oberhoheit, einer treuen Heerfolge und gelegentlichen Tributen. Sie garantierten dem Stamm seine gentile Identität und die Bewahrung des eigenen Rechts. Auch Hessen bewahrte lange seine Eigenständigkeit, ehe es an den Reichsverband angeschlossen wurde, und so auch Thüringen, das als Großreich aus der Geschichte ausschied. Infolge der Expansion in den Alpenraum wurden auch die Bayern eingebunden: Neben den Herzögen, die aus dem Haus der Agilolfinger stammten, sind fünf weitere Sippen, die Huosi, Fagana, Hahhilinga, Drozza und Anniona bekannt, aus denen der Stamm zusammengewachsen war. Bereits eine Generation davor findet sich der Name „Baiuvarii“ in der sogenannten *Fränkischen Völkertafel*.

Bis auf die Sachsen, die nur in einer losen Beziehung zu den Franken standen, waren am Ende der ersten austrasischen Dynastie damit alle deutschen Stämme unter fränkische Oberherrschaft gebracht. Dahinter begann bereits das Slawenland. Die Völkerwanderung war damit an ihr Ende gekommen. Deutschland trat als politischer Raum in das Licht der Geschichte.

Der K(r)ampf um die Völkerwanderung

Von Arnulf Helperstorfer



„Gerade auch unter dem Eindruck der Ereignisse zu Sylvester in Köln ist mir deutlich geworden, dass Ihr sachlicher geschichtswissenschaftlicher Text, den Sie dankenswerterweise für uns vorbereitet haben, von böswilliger Seite im Kontext unserer politischen Zeitschrift missinterpretiert werden könnte. Aus meiner Perspektive besteht die Gefahr, dass isolierte Textstellen missbräuchlich herangezogen werden könnten, um allzu einfache Parallelitäten zur aktuellen Lage zu konstruieren, die wir uns nicht wünschen können.“

Mit dieser Begründung wurde die Veröffentlichung eines Textes des Althistorikers Alexander Demandt abgelehnt, den dieser ursprünglich für die Zeitschrift *Die politische Meinung* der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung zum Untergang des Römischen Reiches verfasst hatte. Diese Episode aus dem Jahr 2016 zeigt, wie sehr jene Ereignisse vor rund 1500 Jahren, die als Völkerwanderung bekannt sind, noch heute polarisieren. Kann man überhaupt von einer Völkerwanderung sprechen – oder verfälscht dieser Begriff mehr als er erklärt? Wer waren die „wandernden Völker“ und woher kamen sie? Ist das (West-)Römische Reich untergegangen oder sollte man besser von Transformation sprechen? Gab es einen Zivilisationsbruch in der Spätantike oder wird damit zu leichtfertig die Deutung der Gelehrten der Renaissance übernommen? Was waren die Ursachen für das Ende eines Reiches, das Jahrhunderte lang existiert hatte?

All diese Diskussionen sind keineswegs neu; bereits die Zeitgenossen haben die Ereignisse der Spätantike diskutiert und zu deuten versucht. So haben die Autoren jeder Epoche ihre eigenen Blickwinkel auf die Ereignisse dieses Zeitalters, die wie jede Form der Geschichtsschreibung stark von ihrer Zeit geprägt sind. Dass gerade in jüngster Vergangenheit einerseits viele vermeintliche Wahrheiten vergangener Tage über Bord geworfen werden und

Historiker andererseits teilweise erbitterte Kontroversen über die Deutung der Spätantike führen, zeigt die ungebrochene Aktualität der Debatte. Drei Fragestellungen sind dabei heute besonders umstritten: Wie sind die germanischen Gruppen der Spätantike einzuordnen? Handelt es sich um eine Zeit des zivilisatorischen Untergangs oder der Transformation? Kann man Lehren für die Gegenwart ziehen und wenn ja, welche?

Soziales Konstrukt oder
Abstammungsgemeinschaft?

Die Germanen, das sei eine Gruppe von Stämmen und Völkern gewesen – Goten, Vandalen, Franken, Alemannen, Sueben, Sachsen u.v.m. – die angetrieben von den Hunnen wie angestoßene Billardkugeln im vierten und fünften Jahrhundert in das Römische Reich einfielen und dieses zerstörten. So konnte man es, kurz zusammengefasst, noch vor dreißig Jahren in den Schulbüchern lesen. Inzwischen ist das Spektrum der Ansichten, was es mit den germanischen Stämmen und Völkerschaften auf sich hatte, sehr breit geworden.

Mit seiner Schrift *Stammesbildung und Verfassung – Das werden frühmittelalterlicher Gentes* (1961) postulierte Reinhard Wenskus, der Glaube an eine gemeinsame Herkunft sei das entscheidende



*Das Römische Reich war fremdenfreundlich.
Doch Einwanderer ließen sich nur in
überschaubarer Zahl integrieren.*



de identitätsstiftende Merkmal gewesen, nicht die tatsächliche biologische Abstammung selbst. Auf diesen Thesen aufbauend verfasste Herwig Wolfram seine 1979 erstmals erschienene *Geschichte der Goten*, die 2009 ihre vierte Auflage erlebte: „Anführer und ‚Repräsentanten‘ bekannter Sippen (...) bilden die ‚Traditionsträger‘, um die [herum] neue Stämme entstehen, mit deren Hilfe ethnische Gruppen sich abspalten und umbilden. Wer sich zu dieser Tradition bekennt, (...) ist Teil der Gens, (...) einer Abstammungsgemeinschaft aus Überlieferung.“

Die Wiener Schule definiert die germanischen Völker damit als soziale, sich stets wandelnde Kategorie. Diesen Ansatz weiterspinnend sieht Walter Pohl, ein Dissertant Wolframs, die ethnische Zugehörigkeit als politisches Instrument, um Identität und Zusammengehörigkeit erst zu schaffen. Ein amerikanischer Anhänger der Wiener Schule, Patrick Geary, formt aus deren Thesen in seinem Werk *Europäische Völker im frühen Mittelalter: Zur Legende vom Werden der Nationen* (2002) eine Streitschrift gegen den seiner Ansicht nach neu aufkeimenden Nationalismus in Europa. Die Wiener Schule um Wolfram und seine Schüler sieht sich jedoch heftigen Attacken aus zwei Richtungen ausgesetzt.

Für den Kanadier Walter Goffart und seinen Schüler Michael Kulikowski, Vertreter der sogenannten Toronto-Schule, entstehen die Goten erst, als die Römer versuchen, Ordnung in das aus ihrer Sicht chaotische Treiben im Barbarenland zu bringen und daher gezielt einzelne Gruppen unterstützen. So sind die Goten ein Produkt römischer Grenzpolitik; historische Quellen wie die Gotengeschichte („Getica“) des Jordanes, auf die sich Wolfram teilweise noch stützt, sowie Interpretationen,

die die archäologischen Ausgrabungen der Tschernjachow-Kultur nördlich des Schwarzen Meeres u.a. mit den Goten in Verbindung bringen, werden von Kulikowski in *Rome's Gothic Wars* (2006) abgelehnt. Überhaupt steht die Toronto-Schule antiken Geschichtswerken sehr skeptisch gegenüber, ebenso der Verbindung von archäologischen Kulturen mit biologischen Ethnien. Den Begriff „Germanen“ lehnen sie als irreführend ab, da die Germanen nichts außer verwandter Sprachen verbinde, so Goffart in *Barbarian Tides: The Migration Age and the Later Roman Empire* (2006). Der britische Historiker und Archäologe Guy Halsall schließlich „zuckt jedes Mal zusammen, wenn jemand ‚germanische Kultur‘ erwähnt“.

Die Angriffe Goffarts und Kulikowskis haben einen tieferen Kern und gewinnen damit eine zeit-historische Komponente. Noch immer seien Forscher wie Wolfram und seine Schüler im Denken der 1920er- und 1930er-Jahre verhaftet, die Abkehr vom Germanenkult früherer Jahrzehnte sei nur oberflächlich. Halsall hebt die Diskussion endgültig in die Gegenwart, wenn er mehr politische Interventionen von Historikern in aktuelle migrationspolitische Debatten fordert.

Einen ganz anderen Weg schlägt der britische Historiker Peter Heather, ein Vertreter der Oxford-Schule ein. Im Gegensatz zu Wolfram und gänzlich anders als Goffart sieht Heather in seinen Werken *Der Untergang des Römischen Weltreiches* (2005) und *Invasion der Barbaren* (2009) durchaus länger bestehende germanische Ethnien, die teilweise auf gemeinsamer Abstammung beruhen und deren prägende Schicht, anders als die elitären Traditionsträger Wolframs, freie Krieger waren. Gestützt auf



archäologische Funde vertritt Heather die Ansicht, dass die von Jordanes geschilderten Wanderungen der Goten zumindest teilweise stattgefunden hätten, gesteht dabei jedoch zu, dass es im Lauf dieser Wanderungen durchaus größere innere Veränderungen der Völkerschaften gab. Indem er einen



Kampf zwischen Römern und Germanen; Hans Makart
München, Neue Pinakothek

Mittelweg zwischen der Überbetonung wandernder Völker in der Vergangenheit und einer Unterbetonung dieser in der aktuellen Geschichtsschreibung ortet, greift Heather eine deutlich traditionellere Sichtweise auf. Kulikowski wirft ihm auch prompt in seiner Rezension von *Invasion der Barbaren* vor, dass er „gefährlich nahe an alte ‚völkische‘ [‚volkisch‘ im englischen *Original*, Anm.] Vorstellungen komme“.

Neue Ansätze in dieser Debatte könnten das sich gerade erst entwickelnde Gebiet der Archäogenetik bringen. Dabei sollen aus der Zusammenarbeit von Historikern, Archäologen und Genetikern neue Erkenntnisse über Verwandtschaftsverhältnisse unterschiedlicher Gruppen gewonnen werden. Dass dies zu einer Annäherung der durchaus ideologisch motivierten Kontrahenten beiträgt, ist aber wohl eher nicht zu erwarten.

Zivilisatorischer Untergang oder Transformation?

Ähnliche Frontstellungen sind auch bei der Frage, ob das Römische Reich „untergegangen“ ist oder ob es sich dabei eher um einen Transformationsprozess handelte, zu beobachten. Den ausschlaggebenden Anstoß zu dieser Diskussion gab der Brite Peter Brown mit seinem Werk *Welten im Umbruch. Die Zeit der Spätantike. Von Mark Aurel bis Moham-*

med (1971), in dem er die Spätantike einer radikalen Umdeutung unterzog. Brown versuchte damit das von Edward Gibbon im 18. Jahrhundert gezeichnete Bild des späten Römischen Reiches zu revidieren. Der konservative Historiker Gibbon hatte sein monumentales sechsbändiges Werk *Verfall und Untergang des*

Römischen Imperiums zwischen 1776 und 1789 veröffentlicht und damit sehr wesentlich die Sicht nachfolgender Generationen auf ein zunehmend dekadentes Reich im Untergang geprägt. Im Gegensatz zu Gibbon liegt Browns Fokus deutlich stärker auf Ostrom, das das Westreich um knapp tausend Jahre überdauerte. Insgesamt zeichnet Brown das Bild einer Transformation.

In der Fachwelt wurde diese Interpretation in weiterer Folge immer stärker aufgegriffen. Ein von der Europäischen Wissenschaftsstiftung (European Science Foundation, ESF) gefördertes Wissenschaftsprojekt der Jahre 1993–1997 über die historische Entwicklung von der Spätantike zum Frühmittelalter trug dementsprechend den Titel *Transformation of the Roman World*. Neben starker Präsenz von Anhängern der oben erwähnten Wiener Schule war mit Ian Wood ein ehemaliger Mitarbeiter Peter Browns federführend an diesem Projekt beteiligt. Der in Deutschland geborene britische Historiker Wolf Liebeschuetz, einer der Teilnehmer dieses Projektes, attestierte den Forschungsbemühungen in seinem Beitrag *East and West in Late Antiquity – Invasion, Settlement, Ethnogenesis and Conflicts of Religion* (2015) allerdings später Dogmatismus und Einseitigkeit. Entgegen den Beteuerungen zur Ergebnisoffenheit sei die Vorstellung eines Untergangs Roms



abgelehnt worden, während gleichzeitig Multikulturalismus und Pan-europa-Ideen propagiert würden.

Wenig überraschend setzen sich auch die bereits angesprochenen Frontstellungen in der Frage Untergang oder Transformation fort. So lässt Wolfram die Transformation der römischen Welt mit der

Ansiedlung der Westgoten in Aquitanien 418 beginnen. Bei Goffart werden die Barbaren deutlich friedlicher als bisher angenommen in das bestehende Reich integriert; erst als die Zentralgewalt zerfiel, begannen die Neuansiedler ihre eigenen Reiche zu bilden. Die Invasoren seien demnach zunächst zur Stabilisierung des Reiches angesiedelt worden und erst später sei „*dieses phantasievolle Experiment ein wenig außer Kontrolle geraten*“.

Heather und der ebenfalls in Oxford lehrende Bryan Ward-Perkins stellen die Vorgänge dagegen in gänzlich anderem Licht dar, was bereits die Titel ihrer Werke zum Thema verdeutlichen: *Der Untergang des Römischen Reiches und das Ende der Zivilisation* (Ward-Perkins, 2005), *Der Untergang des Römischen Weltreiches* (Heather, 2005). Heather sieht die Ursache für den Untergang im durch die Hunnen ausgelösten Ansturm der meist germanischen Invasoren, denen eine durch blutige Bürgerkriege geschwächte römische Armee zunächst nicht standhalten konnte. Als die Rückeroberung wichtiger Gebiete, vor allem in Nordafrika, trotz mehrerer Versuche misslang und den Römern damit wichtige Finanzmittel entgingen, kollabierte das Reich.

Ward-Perkins nimmt bereits im Vorwort klar Stellung. Er wendet sich dezidiert gegen jene Historiker, die „*verkünden, dass die barbarischen Ansiedlungen*



Schlacht zwischen Germanen und Römern am Rhein
Friedrich Tüshaus, 1876

gen in einer ‚natürlichen, organischen und allgemein friedlichen Art und Weise‘ vor sich gingen“. „*Da ich davon überzeugt bin, dass die Ankunft der germanischen Völker für die römische Bevölkerung sehr unerfreulich war und dass die Auflösung des Römischen Reiches langfristig gesehen dramatische Auswirkungen*

hatte, fühle ich mich dazu verpflichtet, solchen Ansichten zu widersprechen.“ Um seine Thesen zu untermauern, stützt sich Ward-Perkins in erster Linie auf archäologische Befunde, die einen deutlichen Einbruch in allen Lebensbereichen zeigen.

Im Nachwort verortet er die Hintergründe für den Meinungsumschwung weg vom gewaltsamen Untergang und hin zur friedlicheren Transformation nicht unbedingt nur in neuen Forschungsschwerpunkten und -ergebnissen, sondern vor allem auch im veränderten gesellschaftlichen Umfeld. Das schlechte Image von Imperien, die Gleichheit der Kulturen in der postkolonialen Welt im Gegensatz zur höherstehenden Zivilisation, aber auch der europäische Einigungsgedanke stünden an der Wiege dieser Veränderung. Folgt man Ward-Perkins Argumentation, entsteht der Eindruck, dass der neue, seiner Ethnie entkleidete Eurobarbar den germanischen Krieger als Identifikationsfigur, legitimiert durch die jüngste Geschichtsschreibung, ersetzen soll.

Von der Völkerwanderung zur „Flüchtlingskrise“

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen in kurzem Abstand zwei Artikel, die beide einen Bezug zwischen der „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 und den Ereignissen der Völkerwanderung her-



Die geschichtliche Vergangenheit liegt nicht abgeschlossen hinter uns, denn sie empfängt ihr Licht durch – ständig wechselnde – Gegenwartserfahrungen.



stellten, in ihren Schlussfolgerungen jedoch nicht unterschiedlicher sein könnten. Ralph Bollmann, Journalist der FAZ, kommt gleich zu Beginn seiner Ausführungen zum Punkt: *„Im Römischen Reich herrschten Wohlstand und Offenheit. Es zerfiel, als die Einheimischen die Nerven verloren und dem Hass auf die Flüchtlinge nachgaben.“* Die instabile Peripherie des Reiches, unter anderem bewirkt durch das Wohlstandgefälle zwischen dem Reich und dem Barbaricum, hätte bei den Römern Ängste ausgelöst und den Hass auf die Neuankömmlinge geschürt; dadurch sei die vorher vorhandene Integrationsbereitschaft verschwunden, was zum Konflikt zwischen Römern und Barbaren führte. *„Die Einheit der Mittelmeerwelt löste sich Stück für Stück auf, neue Grenzen entstanden – eine Entwicklung, deren Wiederholung der deutschen Bundeskanzlerin anderthalb Jahrtausende später aus durchaus pragmatischen Gründen als nicht erstrebenswert erscheint.“*

Ganz anders sieht dies der eingangs erwähnte Historiker Alexander Demandt: *„Das Römische Reich war fremdenfreundlich. Doch Einwanderer ließen*

sich nur in überschaubarer Zahl integrieren.“ Abschließend resümiert Demandt: *„Sobald diese eine kritische Menge überschritten und als eigenständige handlungsfähige Gruppen organisiert waren, verschob sich das Machtgefüge, die alte Ordnung löste sich auf.“* Dementsprechend fällt auch sein Rat an Kanzlerin Merkel aus: *„Wir müssen den Zustrom begrenzen. Das weiß im Grunde auch jeder. Dazu muss man Härten in Kauf nehmen. Denn es muss sich erst herumsprechen, dass es sich nicht lohnt, nach Deutschland zu kommen. Wir dürfen unsere Souveränität nicht aufgeben. Frau Merkel darf nicht zum Wohle fremder Regierungen und auf Kosten des deutschen Volkes handeln. Ihr Amtseid sieht das Gegenteil vor. Hier schwingt ein moralisches Überheblichkeitsgefühl mit. Man muss sich für das eigene Volk einsetzen – und nicht davonlaufen.“*

„Die geschichtliche Vergangenheit liegt nicht abgeschlossen hinter uns, denn sie empfängt ihr Licht durch – ständig wechselnde – Gegenwartserfahrungen, resümiert Demandt denn auch in seinem Werk Der Fall Roms – Die Auflösung des Römischen Reiches im Urteil der Nachwelt.

Die Geschichte Deutschlands

Textauszüge aus
James Madison: „The Federalist No. 19“,
übersetzt nach: The Federalist Papers [1788],
New York: Bantam Dell 2003, S.108ff.



Die Geschichte Deutschlands ist eine Geschichte von Kriegen zwischen dem Kaiser und den Fürsten und Staaten; von Kriegen zwischen den Fürsten und Staaten unter sich selbst, von der Zügellosigkeit der Starken und der Unterdrückung der Schwachen, ausländischer Einmischung und ausländischen Intrigen.

Streitereien und Kriege unter den Mitgliedern [des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation] sind so verbreitet, dass die deutschen Annalen angefüllt sind mit blutigen Seiten, diese zu beschreiben. Vor dem Westfälischen Frieden wurde Deutschland von einem Dreißigjährigen Kriege verwüstet, in dem der Kaiser mit der einen Hälfte des Reiches auf der einen Seite stand und Schweden mit der anderen Hälfte auf der entgegengesetzten. Der Frieden wurde endlich von ausländischen Mächten ausverhandelt und diktiert, und jene Klauseln, an denen ausländische Mächte beteiligt sind, machen einen fundamentalen Teil der deutschen Verfassung aus.

Man mag sich vielleicht fragen, was diesen zusammenhängenden Apparat so lange davor be-

wahrt hat, ganz in Stücke zu fallen. Die Antwort ist offensichtlich: die Schwäche der meisten seiner Mitglieder, die unwillig sind sich der Gnade ausländischer Mächte auszuliefern; die Schwäche der meisten Kurfürstentümer verglichen mit den größeren Mächten zu allen Seiten; das enorme Gewicht und die Einflussmöglichkeiten, die dem Kaiser durch seine gesonderten und erblichen Kronländer zuwachsen, sowie das Interesse, das er darin sieht, ein System zu erhalten, mit dem der Stolz seiner Familie verbunden ist und das ihn als den ersten Fürsten Europas ausweist.

Solcherlei Interessen stützen einen kraftlosen und instabilen Bund, während dieser abstoßende Zustand, der die Natur der Souveränität stört und sich mit der Zeit stetig verstärkt, jede denkbare Reform verhindert, die auf einer ordnungsgemäßen Verfestigung gegründet wäre. Ebenso wenig ist vorstellbar, dass, würde auch dieses Hindernis überwunden, die benachbarten Mächte es duldeten, dass eine Revolution stattfindet, die dem Reich jene Kraft und jenen Vorrang verschaffen würde, die ihm berechtigterweise zukämen.



Österreich

Regenbogenfahne mit Bokeh-Lichteffekt,
Ioana Ursu, 2019



Buntland, Buntland über alles!

Von Thomas Grischany



Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Republik stellte ich im Zusammenhang mit den Bruchlinien österreichischer Identität auch die unumgängliche Frage nach dem Verhältnis zu Deutschland und kam zu dem Schluss, dass es seit 1945 ein sukzessiv anwachsendes österreichisches Eigenbewusstsein gibt. Diese Einschätzung ist im Kern des nationalfreiheitlichen Lagers, der noch an der vor 1945 quer durch alle Lager beschworenen Zugehörigkeit zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft festhält, nicht besonders populär.

Allerdings schließt diese Haltung das Bekenntnis zu einem eigenen Staat nicht aus, und Ereignisse wie Kanzlerin Merkels Grenzöffnung von 2015 haben auch im nationalfreiheitlichen Lager dieses Staatsgefühl in bisher unbekanntem Ausmaß verstärkt. Nun kann Merkels Entscheidung von 2015 nicht losgelöst von Entwicklungen und Bruchlinien in der deutschen Geschichte, analog zu jenen in der österreichischen, verstanden werden, weshalb diese hier grob nachgezeichnet werden sollen. Bis zu den Habsburgern ist die österreichische Geschichte von der Geschichte der anderen Deutschen nicht zu trennen. Schon im Mittelalter dürften diese einen gewissen Hang zur Beserwisserei gehabt haben, wie vom englischen Theologen Johannes von Salisbury im Jahr 1160 moniert („*Wer hat die Deutschen zu Rich-*



tern über die Völker bestellt?“), der wohl mit ihrem Status als „Reichsvolk“ des Heiligen Römischen Reiches zu tun hatte, welcher sie zur Aufrechterhaltung eines Universalreiches in der Tradition Roms verpflichtete.

Mit den Habsburgern begann ein österreichischer Faktor innerhalb des Reichsverbandes geschichtsmächtig zu werden, der den Universalgedanken und vor allem die Verteidigung des katholischen Glaubens nach innen und außen übernahm. Seit der Gegenreformation nahm denn auch der Gegensatz zwischen den katholischen Österreichern und jenen Deutschen, die den Protestantismus als die einzig wahre deutsche Religion sahen, zu. Noch in der Zeit der Aufklärung – als die reale Macht des Reiches längst pufft war, Österreich bereits primär als eigenstaatliche Größe agierte und nur noch eine Art Ehrevorrangstellung genoss – trug das gesamtdeutsche Geistesleben, das damals eine überragende Blüte erreichte, starke universalistische und kosmopolitische Züge. Erst die Geburt des deutschen Nationalismus, als Reaktion auf den ebenfalls universalistisch (aber in einem säkular-republikanischen Sinne) daherkommenden französischen Nationalismus, verengte den deutschen Horizont.

Der Gegensatz zum multiethnischen österreichischen Staat kulminierte in der von Preußen erzwungenen kleindeutschen Einigung von 1871, und erst durch diese Verpreußung entwickelte sich das harte Klischee vom soldatischen Deutschen. Das Verhältnis zu Österreich erlitt, wie angeblich von Grillparzer so treffend ausgedrückt („*Ihr glaubt, ihr habt ein Reich geboren, und habt doch nur ein Volk zerstört!*“), bleibenden Schaden, und Nietzsche beklagte die Reichsgründung gar als „Extirpation des deutschen Geistes“. Wenig überraschend lehnten



Skulptur in Wien, Innere Stadt

ten nach 1918 Dollfuss und Schuschnigg – beide in ihrem Herzen zutiefst deutschgesinnt – den Anschluss ab, weil sie in Österreich den Bewahrer des echten universalen deutschen Geistes, im Nationalsozialismus hingegen eine überdrehte Form des provinziell-protestantischen Kleindeutschtums sahen.

Während sich nach 1945 die Österreicher selbst immer provinzieller in ihrem eigenstaatli-

chen Nest einzurichten begannen, endete die den Deutschen aufgezwungene Teilung erst 1990 mit der Wiedervereinigung als letzter großer Zäsur. Nicht wenige Stimmen in Europa befürchteten damals das Heraufdämmern eines „Vierten Reichs“, während Frankreich und Großbritannien die Wiedervereinigung mehr oder weniger ablehnten. In Deutschland selbst wurde die neue Stimmung durch das Erscheinen der Anthologie *Die selbstbewusste Nation* im Jahre 1994 greifbar. Deren Autoren erhofften sich von der Wiedervereinigung eine „Normalisierung“ nicht nur hinsichtlich Deutschlands internationalem Auftreten, sondern auch in der Korrektur von Missständen im Inneren, wie z.B. Überfremdung oder übertriebene Schuldkomplexe. Freilich hagelte es auch damals schon Kritik an diesem Manifest der „Neuen Rechten.“ Doch wie sieht es heute, fast 30 Jahre später, nun wirklich mit den in diesem Sammelband angesprochenen Themen aus? Das Urteil fällt zwiespältig aus.

Willkommen in 'schland!

Selbstbewusst ist Deutschland, doch eben nicht in der Art, wie es befürchtet worden war – nicht als säbelrasselnde Karikatur des preußischen Militärmenschen mit Schafstiefeln, Pickelhaube und Monokel, sondern als eigenartige Mischung aus einem



Wirtschaftsgiganten einerseits und einer der am meisten pazifistischen Nationen aller Zeiten andererseits, die sich nichts mehr wünscht, als endlich von allen Menschen in der Welt geliebt zu werden (wie z.B. durch die Ausrichtung eines fußballerischen Sommermärchens, oder indem man sich als Hoffnungsträger aller Unterdrückten der Welt geriert). Anstelle des Inbegriffs von Maskulinität und Militarismus ist



Skulptur in Wien, Innere Stadt

Deutschland ein Musterbeispiel an Moralität nach Maßgabe der (kinderlosen) „Mutti Merkel“ geworden.

Das bedeute nicht, dass Deutschland keine Machtpolitik betreibt, nur geschieht dies halt lieber „soft“, hinter den Kulissen, durch schieres Eigengewicht als Wirtschaftsmotor der EU. Wie Ursula von der Leyen, an den ohnehin schwach ausgeprägten demokratischen Mechanismen der EU vorbei, als Kaninchen aus dem Hut zur EU-Kommissionspräsidentin gezaubert wurde, spricht für sich. Wer sich der deutschen Hegemonie widersetzt, etwa in der Migrationspolitik, muss zwar nicht mit Einmarsch rechnen, aber mit faktischer finanzieller Erpressung, was (zusammen mit moralischen Belehrungen auf Basis scheinbar unausrottbarer Besserwiserei) das ganze Popularitäts-Geheische sehr schnell wieder zunichtemachen kann, wie man schon am Beispiel Griechenlands und Italiens sehen konnte. Auch Österreich genießt keine Ausnahme von der deutschen Behandlung, wie uns das Bundesland Bayern in schöner Regelmäßigkeit klarmacht.

Als ob das nicht schon drückend genug wäre, läuft die Politik im Inneren in die genau entgegengesetzte Richtung: Hier herrscht statt Selbstbewusstsein ein regelrechter Kampf gegen das Deutschtum. Es scheint, als sei man nach innen wieder zur universalistischen Standardeinstellung zurückgekehrt, allerdings in einer Radikalität, die nichts mit „Normali-

tät“ zu tun hat. Somit stellt sich für jeden, der sich als Deutscher fühlen möchte, die Frage, was denn diese Deutschen eigentlich seien? Zurzeit sind die Deutschen ein Volk, das sich von seiner, der angeblich konservativen CDU angehörenden, Kanzlerin als „*diejenigen, die schon länger hier leben*“ bezeichnen lässt – im Gegensatz zu den neu dazukommenden Migranten, deren Integration wiederum für

Merkel nicht nur als bereichernd gilt, sondern auch als alternativlos, denn sonst würde sich das Zusammenleben „*dramatisch verändern*“, zumal, wie sie offen zugibt, „*in vielen (...) Großstädten in den nächsten Jahren (...) mehr Kinder mit Migrationshintergrund eingeschult*“ werden als Kinder aus deutschen Familien.

Das klingt wie eine Drohung an das eigene Volk, das dem ganzen Szenario scheinbar hilflos ausgeliefert ist. Mit der gleichen brutalen Zwanghaftigkeit sieht es auch der Politologe Yascha Mounk, laut dem in Westeuropa „*ein Experiment [laufe], das in der Geschichte der Migration einzigartig ist: Länder, die sich als monoethnische, monokulturelle (...) Nationen definiert haben, müssen ihre Identität wandeln. Wir wissen nicht, ob es funktioniert, wir wissen nur, dass es funktionieren muss.*“ Eine Vertreterin der Grünen freut sich in jedem Fall schon jetzt darauf, dass „*unser Land ... sich ändern [wird], und zwar drastisch*“. Wohinein sich indes die Zuwanderer überhaupt integrieren sollen, bleibt weitgehend offen, denn, wie die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung von der SPD meint, eine spezifisch deutsche Kultur sei „*jenseits der Sprache schlicht nicht identifizierbar*“.

Die bereichernde Zuwanderung hat mittlerweile dazu geführt, dass ein Ereignis wie die Kölner Silvesternacht von den Behörden vertuscht werden



Graffiti in Berlin Kreuzberg

sollte und deutschen Frauen als zukünftige Abhilfe eine „Armlänge Abstand“ empfohlen wurde, dass die deutsche Polizei zwar harmlose Bürger wegen der Maskenpflicht schikaniert, aber in Städten wie Berlin oder Duisburg wiederholt von Ausländer-Mobs am Amtshandeln gehindert wird oder die Autobahnen nicht mehr von den Verkehr lahmlegenden türkischen Hochzeitsautokorsos freihalten kann. Natürlich müssen in so einem Land die Denkmäler für den Staatsgründer, den bösen, alten, weißen Otto von Bismarck, mit ernster Miene hinterfragt werden, während im deutschen Fernsehen immer mehr Programme laufen, in denen Deutsche als engstirnige, fremdenfeindliche Trottel dargestellt werden, die beständig über die Vorteile von Multi-was-auchimmer aufgeklärt werden, weil ja jede fremde Kultur so viel reichhaltiger, authentischer und gehaltvoller als die deutsche sei. Täter in deutschen Krimis sind ja trotz dem ursprünglich verdächtigen Ausländer grundsätzlich nur noch „Kartoffeln“.

Es passt auch gut ins Bild, dass eine der beliebtesten und erfolgreichsten deutschen Filmproduk-

tionen der letzten Jahre den lustigen Titel *Fack ju Göthe* (war die deutsche Sprache nicht schon das einzig Substantielle an der deutschen Kultur?) trägt. Und es spricht Bände für die Geisteshaltung, die in dieser Gesellschaft erwartet wird, wenn eine deutsche Tennisspielerin, als bei einem Bewerb in den USA versehentlich die erste Strophe des Lieds der Deutschen abgespielt worden war, im ersten Impuls meinte, das sei „*das mit Abstand Schlimmste [gewesen], was mir im Leben passiert ist*“. In so einem Land ist es natürlich normal, dass man seine Gastgeber ungestraft als „Köterrasse“ bezeichnen darf, und dass eine Zeitung auf ihrer Titelseite eine Deutschlandkarte mit dem braun eingefärbten Sachsen unter der Überschrift „Der Schandfleck“ abdruckt und dadurch ein gesamtes Bundesland diffamiert, was aber laut Staatsanwaltschaft weder Volksverhetzung noch eine Beleidigung sei. Nun, wer keinerlei Stolz oder Ehre mehr im Leibe hat, den kann man auch nicht mehr beleidigen. In der anglophonen Welt gibt es nicht von ungefähr den geschmacklosen, aber bezeichnenden Witz,



Graffiti in Berlin Kreuzberg

dass ein Deutscher, wenn man ihm versehentlich auf die Zehen steigt, sich sofort für den Holocaust entschuldigt.

Deutschland, ein Geisterreich

Somit steht Deutschland heute nicht nur bei der Durchführung jenes „einzigartigen Experiments“ an vorderster Front, sondern auch bei der ideellen Selbstzerstörung des Westens durch den kranken Selbsthass auf die alten weißen Männer und all deren Errungenschaften. Deswegen ist Deutschland gerade dabei, ein anderes einzigartiges Experiment mit großer Strahlkraft in der westlichen Welt durchzuführen, nämlich eine neue nationale Identität basierend ausschließlich auf Schuld (auf dem größten Verbrechen aller Zeiten, das jene von Kolonialismus und Sklaverei bei weitem übertrifft) und auf Sühne (auf die gründlichste Vergangenheitsbewältigung, die je vollbracht wurde) aufzubauen.

Aber sind nicht all diese Projekte letztlich miteinander verbunden, da die radikalste Vergangen-

heitsbewältigung doch nur in der vollständigen Entsorgung der eigenen Geschichte bestehen kann? Es wirkt, als wolle man die Jahre des Hypernationalismus mit ihren Verbrechen durch die Selbstopferung auf dem Altar des Universalismus mittels völligen Aufgehens in einer Weltkultur kompensieren. Ist das ein Deutschland, in dem man „gut und gerne leben“ möchte? Als Deutscher? Als Sachse? Ich als Österreicher würde das sicher nicht. Bereits in *Die selbstbewusste Nation* beschrieb Peter Meier-Bergfeld Österreich als ein besseres – weil konservatives, bodenständiges und selbstbewusstes – deutsches Land und warf den Deutschen, ganz im Gegensatz zur Ständestaats-Auffassung von den Österreichern als den „besseren Deutschen“, ein Übermaß an Universalismus vor.

Mittlerweile läuft auch in Österreich manches in diese neue deutsche Richtung. Man muss diesen Prozess nicht beschleunigen, indem man sich mit etwas identifiziert, dessen Macht von seiner (letztlich von der Bevölkerungsmehrheit getragenen) Führung für solche Interessen eingesetzt wird,



Es wirkt, als wolle man die Jahre des Hypernationalismus mit ihren Verbrechen durch die Selbstopferung auf dem Altar des Universalismus mittels völligen Aufgehens in einer Weltkultur kompensieren.



die dem eigenen Volk zuwiderlaufen. Es verhält sich hier ähnlich wie mit der katholischen Kirche: um bei ihrer gegenwärtigen Situation ein guter Katholik zu sein, sollte man sie vielleicht sogar verlassen. Das ist eine sehr schmerzhaftes Erkenntnis, denn der Autor dieser Zeilen selbst ist der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft lange Zeit auf vielfältige Weise zutiefst verbunden gewesen. Er wird ihr auch weiterhin verbunden bleiben, allerdings in der abstraktesten aller möglichen Weisen, nämlich jener von Günther Nennings „deutschem Geisterreich“, das ihm als Österreicher zu wichtig gewesen war, um es den Bundesdeutschen zu hinterlassen.

„Geisterreich“ hat hier eine doppelte Bedeutung: Zum einen steht es für jenes Reich von Geistesgrößen wie Goethe und Schiller, Bach und Beethoven, Kant und Lessing, dem auch die großen Österreicher angehören. Diesen gemeinsamen deutschen Geist konnte auch die Reichsgründung, wie von Nietzsche und Grillparzer befürchtet, nicht zerstören. Andererseits ist das vom Autor vielgeliebte und -bewunderte „Deutschland“ selbst ebenfalls nur noch ein Gespensterreich, das zwar unsterblich in der Geschichte west, aber mit dem realen Deutschland der Gegenwart und der Mehrzahl seiner Menschen nur noch wenig gemeinsam hat. Ich kann es mir zum Abschluss daher nicht verkneifen, diesen Neudeutschen drei Ratschläge für ihre aktuelle Identitätssuche zu geben, um auch die wenigen verbleibenden Überreste konsequent zu beseitigen:

Erstens (diese Idee stammt freilich nicht von mir, aber ich gebe sie gerne weiter): Tauscht doch den aus dem rein weißen mittelalterlichen Reich stammenden und gar so kriegerisch anmutenden Bun-

desadler gegen einen zeitgemäßen Wappenvogel ein, wie den Kapaun, einen kastrierten und gemästeten Hahn! Zweitens: Ersetzt die auf das ebenfalls sehr kriegerische Lützowsche Freikorps zurückgehenden und mit der deutschtümelnden Deutschen Burschenschaften geteilten Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold durch eine weniger verfängliche Kombination! Die Regenbogenfarben bieten sich an. Drittens und schlussendlich: Es passt zwar zur verkorksten Gegenwart, aber es ist doch peinlich, eine Nationalhymne zu besitzen, deren erste zwei Strophen zwar nicht verboten sind, deren Absingen aber verpönt ist, und deren Melodie ursprünglich für den Herrscher eines anderen Landes geschrieben wurde. Und wenn ich auch weitaus Schlimmeres in meinem Leben erlebt habe, so ist es doch ärgerlich, den absurden Äußerungen einer historisch ahnungslosen Tennisspielerin zum Lied der Deutschen im Zusammenhang mit dem Dritten Reich ausgesetzt sein zu müssen, wenn man bedenkt, dass der Text 1841 während der Rheinkrise vom nationalfreiheitlich gesinnten Dichter Hoffmann von Fallersleben verfasst wurde, und dass die erste Strophe kein Aufruf zur Unterjochung anderer Völker, sondern defensiv gemeint war, da sie unter dem Eindruck damals aktueller französischer Drohungen geschrieben wurde.

Jedenfalls wäre es wohl am einfachsten und konsequentesten, sich einen neuen Text auszudenken und am besten auch gleich eine neue Melodie dazu, um die alte Melodie wieder dorthin zurückzugeben, wo sie hingehört, nämlich nach Österreich. Zwar haben 1918 die Österreicher selbst als frischgebackene Republikaner freiwillig auf diese Hymne verzichtet, aber das ist eine andere Geschichte.

Die (unterschätzte) grüne Regierungsgefahr

Von Heimo Lepuschitz



Nach einem Jahr Corona-Missmanagement steht die türkis-grüne Bundesregierung in Umfragen mehrheitslos da. Der grüne Juniorpartner um den hilflos wirkenden Parteichef Werner Kogler wird von der ÖVP konsequent erniedrigt, abserviert, bloßgestellt, und verliert dramatisch an Vertrauen. Gesundheitsminister Rudolf Anschober ist mittlerweile das Symbol für pure Überforderung und Realitätsferne geworden. Aber warum klammert sich die überforderte grüne Amateurmansschaft so leidenschaftlich an ihre Regierungsbeteiligung?

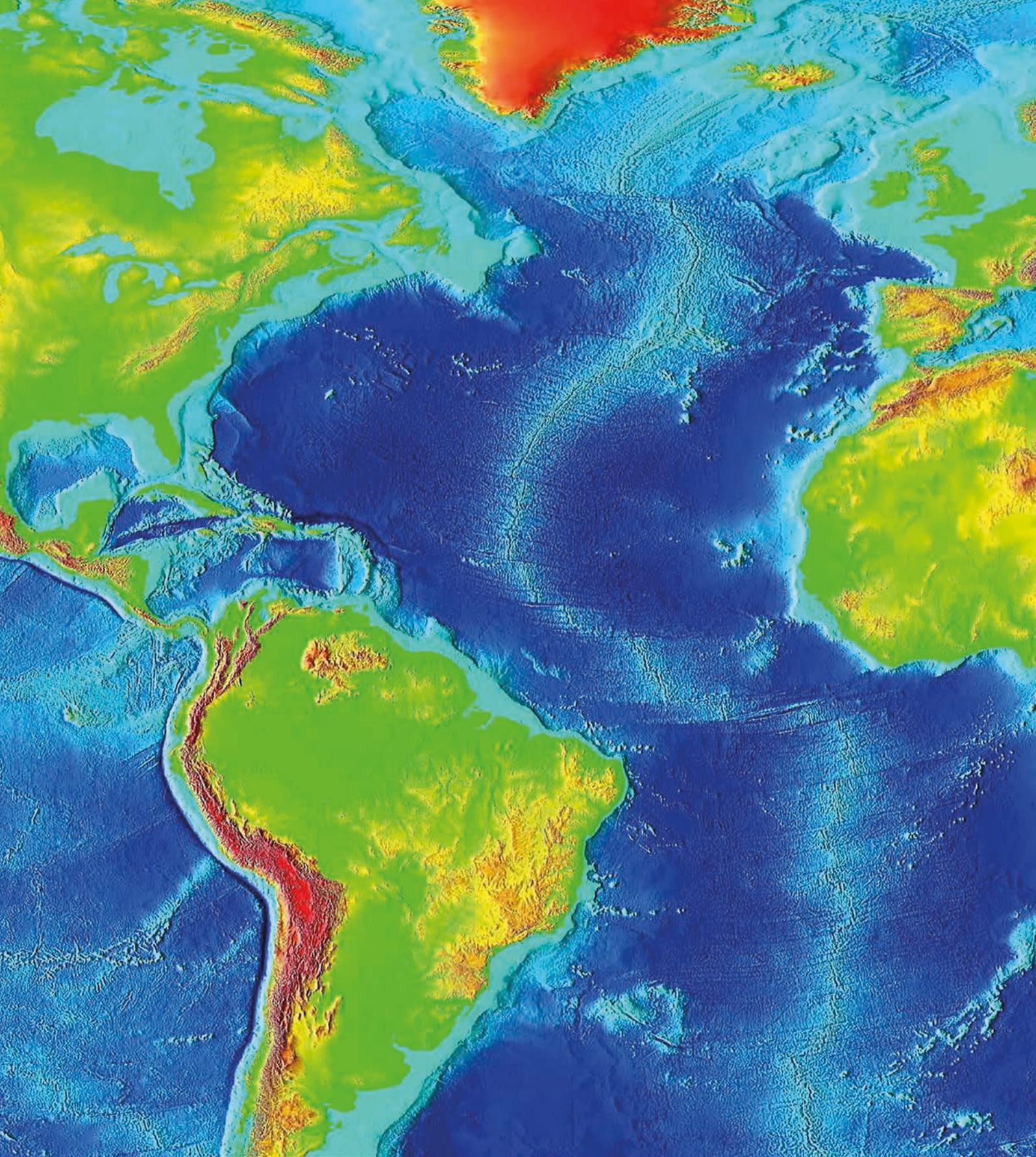
Damals beim BZÖ – in ähnlicher Situation – war es die berechtigte Furcht vor Macht- und Postenverlust, kombiniert mit der Hoffnung auf einen sich drehenden Wählerwillen. Selbstverständlich wollen auch bei der Ökopartei viele weiterhin am Trog der Macht sitzen. Doch einen weiteren Faktor darf man nicht unterschätzen: Die Grünen sind eine zutiefst ideologisierte Partei. Sie sind fast sektoid in ihrem Wollen, die Gesellschaft in ihrem Sinne zu verändern – eine extremistische Rand-Partei mit Alleinherrschaftsanspruch, deren Extremismus nur deshalb so selten diskutiert wird, weil sehr viele Träger der veröffentlichten Meinung mit ihren Ansichten zumindest sympathisieren.

Denn die Grünen wollen eine „multikulturelle, offene und nachhaltige Gesellschaft“. Was gut klingt, ist die Antithese zum freiheitlich-liberalen Staat. Eine Alleinherrschaft „der Guten“: derer, die allein wissen, was gut für alle anderen ist. Einen Nanny-Staat, in dem Öko-Gouvernanten bis in den Privatbereich regeln, was erwünschtes Verhalten sei (wohingegen Andersmeinende automatisch rechts-extrem oder zu dumm seien). Dieser Umbau unserer

Gesellschaft zu einer linken Ökokratie mit Massenzuwanderung und einer Auflösung der stabilen gewachsenen Nationalstaaten ist das Ziel der Internationalisten. Die Meinungsfreiheit wird von der Freiheit, der grünen Meinung zu sein, abgelöst. Ein Sozialkreditsystem (nach chinesischem Vorbild?) belohnt die braven Bürger und diskriminiert die bösen Andersdenker.

Sie halten das für übertrieben? Panikmachende Verschwörungstheorie? Das kann gar nicht passieren? Dann betrachten Sie einmal die Corona-Krise und schauen sich an, was denn auf einmal alles geht: Freiheitsberaubungen am laufenden Band. Spitzelei und Polizeistaat bis ins Privatleben. Die Förderung des Denunziantentums der Blockwartgläubigen. Die Spaltung der Gesellschaft, um leichter zu herrschen. Grüne Ministerien kündigen Mitarbeiter, die privat Kritik an der gängigen Politik üben. Gleichzeitig wird mittels einer sogenannten ökosozialen Steuerreform der Umbau der Wirtschaft vorbereitet.

Das alles sollen die Grünen aufgeben? Es wäre ein Wunder, wenn dies passiert! Für den „guten Zweck“ wird gekuscht und im Stillen der Staat transformiert. Die Corona-Krise ist nur der Versuchsballon für den „Kampf gegen die Klimakrise“, denn in der „größten Bedrohung der Menschheit“ darf es dann auch keine Kompromisse geben – und wer anderer Meinung ist, wird gnadenlos diffamiert und gebrandmarkt. Deshalb muss es das Ziel jedes liberal denkenden Menschen mit einem Funken Hausverstand sein, diese grüne Regierungskoalition demokratisch zu beenden. Um mit Sebastian Kurz und Werner Kogler zu sprechen. „Koste es, was es wolle!“ Wir können uns das nicht mehr leisten.



International



Kai-Uwe Hülss

Ein verschwindender Partner?

Zur Rolle Deutschlands in
den transatlantischen Beziehungen



Die Voraussetzung US-amerikanischer Unterstützung ist die Bereitschaft der Europäer, einen eigenen Beitrag zu leisten.¹ Unter diesen Bedingungen bot US-Außenminister George C. Marshall in seiner historischen Rede am 5. Juni 1947 den Europäern US-amerikanische Unterstützung beim Wiederaufbau an. Ein Programm, das als Hilfe zur Selbsthilfe für die Vereinigten Staaten in zweierlei Hinsicht diente: Einerseits wurden durch den Aufbau der westeuropäischen Wirtschaft neue Märkte für US-Produkte erschlossen, andererseits wurde Westeuropa an die USA gebunden und somit die sowjetischen Expansionslust zurückgedrängt.

Das *European Recovery Program*, besser bekannt als „Marshall-Plan“, ging insbesondere in Westdeutschland positiv in die Historie ein. Die Erfolgsgeschichte des demokratischen Deutschlands begann nämlich mit dem Wirtschaftswunder in den 1950er-Jahren, das auch dank den US-Hilfen ermöglicht wurde. Gestandene Staatsmänner wie Konrad Adenauer erkannten die Zeichen der Zeit, handelten im Sinne des Landes und regierten nicht anhand von Meinungsumfragen. Die bis heute prägende Westbindung sowie die Westintegration folgten.



Es war der Startschuss der transatlantischen Beziehungen. Die in Deutschland stationierten US-Soldaten fungierten als Markenbotschafter ihres Landes. Viele von ihnen entdeckten die Heimat ihrer Vorfahren, waren doch im 19. und frühen 20. Jahrhundert unzählige Deutsche in die USA ausgewandert. Zwischen Kriegsgewinnern und -verlierern wurden gesellschaftlich, kulturell, ökonomisch und politisch enge Bande geknüpft. Nicht zuletzt auf Grund der geographischen Lage der Bundesrepublik an der Grenze zum Warschauer Pakt waren gute bilaterale Beziehungen von beiderseitigem Interesse. Freilich stimmten die USA und Westdeutschland schon während des Kalten Krieges nicht über alle politischen Entscheidungen überein. Dies liegt in der Natur zweier eigenständiger Staaten, wenngleich zu diesem Zeitpunkt die Bundesrepublik noch keine vollkommene Souveränität innehatte.

Mit der Beendigung des Kalten Krieges änderten sich die Vorzeichen in den transatlantischen Beziehungen. Nicht wenige Länder befürchteten vom wiedervereinigten Deutschland eine erneute Aufrüstungsspirale und erneuerte Großmachtfantasien. Die USA hingegen gaben sich von Beginn an als Unterstützer des territorial vergrößerten Deutschlands aus, sahen die bundesrepublikanische Demokratie im Gegensatz zur Weimarer Republik als stand- und wehrhaft an. Damit verbunden war die Hoffnung, in einem friedvollen, wiedervereinigten Deutschland endlich den einen Hauptansprechpartner in den Beziehungen mit dem alten Kontinent gefunden zu haben. Bis es dazu kam, sollte es allerdings noch bis zum Ende des ersten Jahrzehnts im neuen Jahrtausend dauern. Aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 trat Deutschland nämlich als einer der wenigen Gewinner hervor.

Doch diese Vormachtstellung sollte nicht lange währen. Mit dem deutschen Sonderweg in der Flüchtlingskrise 2015/2016 kreierte Berlin eine bis heute anhaltende zusätzliche Spannung in Politik und Gesellschaft innerhalb der EU. In den USA machte sich ob der Aufnahmebereitschaft hinsichtlich mehr als einer Million Migrant*innen aus einem fremden Kul-

turkreis teils Bewunderung, teils Erschrecken breit. US-Amerikaner sind bei der Beurteilung der Frage, ob das temporäre Außer-Kraft-Setzen der Dublin-Regeln durch die deutsche Bundesregierung eine richtige Entscheidung war, gespalten: 42 Prozent der US-Amerikaner bejahen dies, ebenso 42 Prozent verurteilen diesen Entscheid.² Eine Spaltung, die sich auch an Hand der Parteigrenzen abzeichnet: Republikanische Anhänger neigen eher zu strengeren, Demokraten zu liberaleren Einwanderungsregeln – ein Politikbereich, der exemplarisch für die gesellschaftliche und politische Polarisierung in den USA steht, was sich auch auf die internationalen Beziehungen auswirkt. Denn seit dem 21. Jahrhundert gestaltet sich die deutsch-amerikanische Freundschaft unter republikanisch geführten Administrationen weitaus angespannter als unter demokratischen Präsidenten.

Bushs Militärintervention im Irak oder Trumps Rhetorik wurden in Deutschland kritischer gesehen als Obamas NSA-Affäre. Dies ist nicht zuletzt damit begründet, dass Demokraten dem Multilateralismus weitaus offener gegenüberstehen sowie die diplomatischen Bemühungen Deutschlands, zumindest nach außen hin, eher zu würdigen wissen. Doch auch gesellschaftspolitisch kamen sich Vertreter der Demokratischen Partei und Deutschland, im Sinne von politischem und medialem Establishment, in den vergangenen Jahren näher: Beide wandelten sich zu vergleichsweise progressiven Vertretern ihrer Zukunft.

Deutsche Sicherheitspolitik und deutscher Moralismus

Im Bereich der Sicherheitspolitik aber vereint Deutschland die seit Jahrzehnten immer weiter auseinanderdriftenden Parteien in den USA. Als Musterbeispiel gilt vor diesem Hintergrund die Einstellung Deutschlands zum 2014 beim NATO-Gipfel in Wales festgeschriebenen Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Verteidigungsetat auszugeben. Berlin definiert diese Zielvorgabe, trotz einem bescheidenen Zustand der eigenen Armee, nämlich



möglichst dehnbar. Die politische Linke, angefangen beim sozialdemokratischen Koalitionspartner, sieht in dieser Zielvorgabe gar ein Aufrüstungsbestreben. Der amtierende US-Präsident Biden wird sich diesbezüglich, wie schon seine Vorgänger Trump und Obama, mit der deutschen Regierung kritisch auseinandersetzen wissen.

Dass Sicherheitspolitik oftmals auch mit Wirtschafts- und Energiepolitik einhergeht, zeigt der Streit um die Ostseepipeline *Nord Stream 2*. Der umstrittene Bau der Gaspipeline zwischen Russland und Mecklenburg-Vorpommern erfährt in den USA ebenso überparteiliche Ablehnung. In den USA ist es unstrittig, dass Berlin durch das Projekt das Putin-Regime – und zwar bei gleichzeitiger Forderung nach US-amerikanischem Schutz gegenüber einer möglichen russischen Bedrohung – finanziert. Deutsche Regierende verteidigen diesen Widerspruch jedoch weiterhin vehement und kreativ, denn Deutschland sieht das Projekt lediglich als ökonomische und energiepolitisch notwendige Maßnahme, unabhängig von sicherheitspolitischen Interessen oder der Menschenrechtssituation in Russland. Doch sind diese beiden Bereiche hier überhaupt zu entkoppeln? Die Beantwortung dieser Frage würde einen eigenen Beitrag füllen – wäre da nicht das stark moralisierende Auftreten deutscher Außenpolitik, sodass die Beantwortung ein deutliches Nein beinhaltet.

Der deutsche Moralismus äußert sich gerne gegen Verbündete wie die USA. Worte oder Taten insbesondere republikanischer US-Präsidenten werden schnellstens verurteilt. Gegenüber den Menschenrechtsverbrechen der chinesischen Diktatur wird indes, aus Interesse der Aufrechterhaltung der guten Wirtschaftsbeziehungen, geschwiegen. Jüngst sorgte der Zeitpunkt der Verkündung des Investitionsabkommens zwischen der EU und China bei der eingehenden Biden-Administration für Verstimmungen. Ebenso in der Übergangsphase zwischen alter und neuer US-Regierung wartete der deutsche Außenminister Heiko Maas als Reaktion auf den Sturm auf das U.S. Kapitol mit der Idee eines „Marshall-Plans“ für die Demokratie auf: Die liberale Demokratie soll-

te gegenüber Extremisten gestärkt werden. Ein gut gemeinter Vorschlag, doch benötigen die USA, welche über die weltweit wohl bestausgearbeitete Verfassung mit einem ausgeprägten System der Gewaltenteilung und -beschränkung verfügen, Nachhilfe von Deutschland? Und so wurde die Idee, angesichts der Verknennung der Realität und nicht zuletzt auch aus historischen Gründen, nicht nur in den USA mit Befremden aufgenommen.

Das positive Deutschlandbild der US-Amerikaner

Deutschland hat sich für die USA in den vergangenen Jahren zu einem herausfordernden Partner entwickelt. Selbst Präsident Biden übte kurz nach Amtsantritt bei der virtuellen Münchner Sicherheitskonferenz passive Kritik an der deutschen Russland- und Chinapolitik. Gleichwohl nimmt die Mehrheit des politischen Amerikas die Bundesrepublik aufgrund ihrer ökonomischen Stärke weiterhin als engen Partner wahr. Die US-amerikanische Gesellschaft teilt diese Sichtweise und sieht in Deutschland einen wichtigen Verbündeten.³ Gleichwohl stufen immer noch mehr Deutsche die USA als bedeutenden Partner ein, als dies umgekehrt der Fall ist.⁴

Laut einer Erhebung des Forschungsinstituts *Frank N. Magid Associates* sehen knapp zwei Drittel der US-Amerikaner in Deutschland eine wichtige Wirtschaftskraft. Dabei erkennt die US-amerikanische Bevölkerung das duale Ausbildungssystem, über das sich schon die Trump-Administration interessiert zeigte, mehrheitlich als wichtigen Beitrag zum ökonomischen Erfolg Deutschlands an. Ein ähnlich hoher Anteil sieht in Deutschland zudem ein modernes und fortschrittliches Land. Infolgedessen ist es nicht verwunderlich, dass 58 Prozent der US-Amerikaner ein positives und nur 33 Prozent ein negatives Bild von Deutschland haben. Die starke deutsche Softpower, von Sportlern als Markenbotschaftern bis hin zum weltweit agierenden Mittelstand und Sprach- und Kulturangeboten wie den Goethe-Instituten, macht sich zugunsten Deutschlands bemerkbar.



*Europa, und somit Deutschland, wird in den kommenden Jahren
auf Grund der aufsteigenden Volksrepublik China weiter
an weltpolitischer Bedeutung verlieren.*



Dass US-Amerikaner aber auch eine differenzierte Betrachtungsweise an den Tag legen, macht sich in den Aussagen bemerkbar, dass Deutschland in Sachen Digitalisierung Nachholbedarf hat und bei der internationalen Terrorbekämpfung aktiver sein könnte. Wegen des Abgas-Skandals von Volkswagen hat ein Viertel der Bevölkerung Vertrauen in die Marke *Made in Germany* eingebüßt. Je detaillierter jedoch die Fragen über Deutschland, desto weniger gut informiert sind US-Amerikaner. In Bezug auf die Europäische Union geben beispielsweise nur ein Drittel der US-Amerikaner an, über genügend Wissen zu verfügen.

·
Konklusion
·

Sieben Jahrzehnte nach George C. Marshall sollte Donald Trump die Forderung nach der Bereitschaft der Europäer, einen eigenen Beitrag zu leisten, erneut auf die Agenda setzen. In der Ära Biden dagegen werden die Differenzen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen wieder in den Hintergrund rücken, Kritik an Deutschland vorwiegend auf traditionellen diplomatischen Wegen erfolgen. Deutschland sieht darin die Rückkehr der USA zu einem zuverlässigen Partner. In Wirklichkeit handelt es sich lediglich um eine berechenbarere US-Politik. Präsident Biden wird zudem, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, seine außenpolitische Priorität nicht auf ökonomische Disparitäten legen. Deutschland sollte

sich darauf nicht ausruhen. Denn Europa, und somit Deutschland, wird in den kommenden Jahren auf Grund der aufsteigenden Volksrepublik China weiter an weltpolitischer Bedeutung verlieren.

Dreißig Jahre nach Beendigung des Kalten Krieges stellt Deutschland nicht mehr eines der Zentren der Weltpolitik dar. Schon US-Präsident Obama zeichnete den Weg mit Blick auf Asien vor, Präsident Trump ging diesen auf seine eigene Art weiter. Antony Blinken hat die Bedeutung Asiens schon in seinen ersten Wochen als neuer Außenminister hervorgehoben. Sind die USA für Deutsche weiterhin die dominante Nation in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Kultur, so gilt dies umgekehrt immer weniger. Trotz einem positiven Deutschlandbild liegt der Fokus der US-Amerikaner nicht mehr so stark auf Europa. Dies liegt auch daran, dass sich die US-amerikanische Bevölkerung verändert, eine steigende Anzahl an Einwohnern keinen Bezug mehr zum alten Kontinent aufweist.

Die deutsche Politik könnte dem langfristig vonstattengehenden Bedeutungsverlust in den transatlantischen Beziehungen entgegensteuern. Doch dafür bräuchte es Selbstkritik, eine Abkehr vom Moralismus sowie die Ablegung der in der Pandemiebekämpfung offen zutage getretenen Lethargie. Gesucht sind Staatsmänner à la Konrad Adenauer oder Hans-Dietrich Genscher. Ansonsten droht Deutschland zu einem verschwindenden Partner in den Beziehungen mit den USA zu mutieren.

1 „Rede von George C. Marshall an der Harvard University“, 5. Juni 1947, in: *Clio-online – Historisches Fachinformationssystem e.V.*

2 „Perceptions of Germany among the U.S. population“, in: *German Missions in the United States.*

3 „Americans and Germans Head Into 2021 With Divergent Opinions on Transatlantic Alliance“, in: *Pew Research Center*

4 „6 charts on how Germans and Americans view one another“, in: *Pew Research Center.*

Germanische Beute

Von Arnulf Helperstorfer



Im Zuge der Demonstrationen in der westlichen Welt gegen angeblichen oder tatsächlichen Rassismus wird auch die Rolle europäischer und amerikanischer Staaten im Sklavenhandel stark thematisiert. Wie im „zivilgesellschaftlichen“ Diskurs inzwischen leider üblich, wird diese Debatte von Einseitigkeit und Polemik dominiert – ausbeuterische Weiße gegen unterdrückte Schwarze lautet die klare Rollenverteilung. Angesichts dessen gilt es, den Blickwinkel ein wenig zu erweitern.

Weißer Sklaven waren in den nordafrikanischen Barbarenstaaten Marokko, Algier, Tunis und Tripolis nämlich alltäglich. Das Geschäftsmodell dieser Staaten baute größtenteils auf der Sklavenjagd im Mittelmeer und im Atlantik und auf dem Handel mit diesen erbeuteten weißen Sklaven auf; über eine Million Europäer wurden zwischen 1500 und 1800 in die Sklaverei verschleppt. Nachdem dieser Teil der europäisch-afrikanischen Geschichte nicht unbedingt in das oben erwähnte Narrativ passt, werden diese Tatsachen in Europa im Gegensatz zum selbst in EU-Resolutionen erwähnten transatlantischen Sklavenhandel kaum thematisiert.

Während diese Form des Sklavenhandels nun aber glücklicherweise der Vergangenheit angehört, sehen sich manche Europäerinnen heute mit einer ganz anderen Form von Beutezügen konfrontiert. Eine wahre Epidemie an sexuellen Missbrauchsfällen, von der 19.000 Kinder betroffen sind, suche England heim, berichtete etwa die britische Online-Zeitung *The Independent* Ende 2019. Das Schema dieses bandenmäßig organisierten Missbrauchs ist immer ähnlich: Männer mit meist pakistanisch-muslimischem Hintergrund erschleichen sich das Vertrauen junger Frauen aus der weißen Unterschicht,

machen sie mit Alkohol, Drogen, Erpressung und Gewalt gefügig und missbrauchen sie über Jahre hinweg. „Grooming“ wird diese Form des Missbrauchs genannt, bei der die Opfer vergewaltigt, zur Prostitution gezwungen, an Freunde und Bekannte „weitergegeben“ werden. Die bekannten Fälle sind inzwischen kaum mehr überschaubar: Manchester, Oxford, Telford, Newcastle, Rochdale, Blackburn, Leeds, Huddersfield, Sheffield, Derby, Halifax, Rotherham sind nur einige der Tatorte.

Doch nicht nur die Tatmuster gleichen sich. Auch das Verhalten der Behörden und Politiker ist immer gleich. Der 2014 aufgeflogene Missbrauchsskandal von Rotherham, in dem über 13 Jahre hinweg 1400 Mädchen und junge Frauen systematisch missbraucht wurden, offenbart ein erschreckendes Bild der britischen Offiziellen. Polizei, Stadtverwaltung und Sozialarbeiter verschlossen aus Angst des Rassismuskorruptur die Augen vor dem Horror. Wer das Problem dennoch angeht, kann selbst Probleme bekommen: Eine Sozialarbeiterin in Rochdale, die den sexuellen Missbrauch bei der Polizei zur Anzeige brachte, wurde entlassen. Als die Labour-Abgeordnete von Rotherham, Sarah Champion, auf die ethnische Dimension der Missbrauchsfälle hinwies, wurde ihr von einer Parteikollegin Rassismus vorgeworfen; sie musste ihren Posten als Schattenministerin räumen.

Dass eine exklusive Bewegung wie *Black Lives Matter* wenig Interesse an der Thematisierung dieser Vorfälle hat, liegt auf der Hand. Das eklatant laute Schweigen feministischer Gruppen und Bewegungen wie *#metoo* spricht Bände. Weiße Unterschichtmädchen und muslimische Tätergruppen passen wohl nicht in ihr Opfer/Beute-Schema.



Feuilleton

Wilhelm Tell Denkmal, Altdorf
kolorierte Photographie, um 1900

Wilhelm Tell – Die konservative Revolution

Von Norbert Nemeth



Als Friedrich Schiller im Jahr 1802 mit den Vorarbeiten zum *Wilhelm Tell* begann, war er bereits von jener tödlichen Krankheit, der er drei Jahre später erlag, gezeichnet. „*Die ganze Weisheit des Menschen sollte eigentlich darin bestehen, jeden Augenblick mit voller Kraft zu ergreifen, ihn so zu benutzen, als wäre es der einzige, letzte*“, soll Schiller sich einer Verwandten anvertraut haben.

Auch dem Land, in dem er den Stoff ansiedelte, ging es zu jener Zeit nicht gut. Napoleon hatte die Schweiz 1799 besetzt, den Staatsschatz geraubt, die Kantonalverfassung beseitigt und eine Vasallenregierung eingesetzt. Vor diesem Hintergrund entfaltet Schiller die Handlung, die im Wesentlichen aus zwei legendären Strängen besteht: aus der Tell-Sage zum einem und aus dem Rütli-Schwur zum anderen.

Die Verlagerung eines aktuellen politischen Themas in die Vergangenheit, konkret an den Beginn des 14. Jahrhunderts, ist typisch für Schiller. Auch im *Wilhelm Tell* wird Zeitgeschichte in ein Geschichtsdrama verpackt: Seine Ur-Schweizer werden nicht von den Franzosen,



sondern von den Handlangern des Hauses Habsburg unterdrückt. Die verfolgen den braven Konrad Baumgarten, weil der den Burgvogt Wolfenschießen, der seine Frau geschändet hatte, tötete; derweil ein anderer Vogt, nämlich Gebler, Tell zum berühmt-berüchtigten Apfelschuss zwingt. Parallel



Wilhelm Tell rettet Konrad Baumgarten vor den Soldaten

zu diesem persönlichen Rachemotiv schmieden die Ur-Schweizer, unter der Führung des Werner Stauffacher, den Plan zum Aufstand ihrer Kantone. Dieser Plan mündet im Rütli Schwur. Tell hingegen plant ein Attentat wider Gebler – *Durch diese hohle Gasse muss er kommen (...)*.

Es sind somit zwei Vorgänge, die scharf voneinander getrennt werden müssen. Tell ficht einen individuellen Freiheitskampf; die Bürger, die sich am Rütli versammeln, einen kollektiven. Tell ist kein Teil von ihnen und erweist sich daher als ein Mann der direkten Aktion, der mit Politik eigentlich nichts am Hut hat. Das Angebot Stauffachers, sich am Rütli zu beteiligen, lehnt er ab: *Der Starke ist am mächtigsten allein*. Somit geht es einerseits um die Frage, ob, beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen, ein Tyrannenmord zulässig sein soll, andererseits um die Frage nach dem Widerstandsrecht. In der Rütli Szene legt Schiller seinem Werner Stauffacher die Antwort in den Mund:

„Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht, | wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden, | wenn unerträglich wird die Last – greift er | hinauf getrosteten Mutes in den Himmel, | und holt herunter seine ew'gen Rechte, | die droben hangen unveräuberlich | und unzerbrechlich wie die Sterne selbst – | Der alte Urstand der Natur kehrt wieder, | wo Mensch dem Menschen gegenübersteht – Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr | verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben – | Der Güter höchstes dürfen wir verteid'gen | gegen Gewalt [...]“

Es überrascht daher nicht, dass das Schauspiel sowohl unter den Habsburgern als auch im III. Reich mit Verboten belegt gewesen war. Für uns von besonderem Interesse ist, welche Rolle für Schiller die Französische Revolution, insbesondere die Partei der Jakobiner, bei der Konzeption des Wilhelm Tell

spielte. Ist das eine rechte oder eine linke Revolution, die hier vonstattengeht? Geht es um die Etablierung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung auf der Basis eines Neuen Menschen, wie die Jakobiner das wollten? Wollten Schillers Ur-Schweizer das Privateigentum abschaffen? Das traditionelle Familienbild beseitigen? Das Christentum vertreiben, um eine neue Zivilreligion zu etablieren?

Der Rütli-Schwur:
zurück zum alten Recht

Nein, das wollten sie mit Gewissheit nicht, im Gegenteil: Sie wollten all das behalten und in Frieden fortleben. Sie wollten ihre Familien beschützen, ebenso ihren Grund und Boden. Sie wollten auf Basis von traditionellen Rechtsinstituten ein selbstbestimmtes Leben führen – und entschieden sich zum Kampf wider die sie bedrückende Fremdbestimmung, die längst in eine unerträgliche Fremdherrschaft ausgeartet war. Mit anderen Worten: Es geht nicht um die Realisierung einer Utopie, sondern um die Verteidigung des Althergebrachten. Die einzige Neuerung, die die Ur-Schweizer bewerkstelligen, ist die Gründung ihrer Eidgenossenschaft, also eines Staates, der die Funktion hat, das Bewährte zu verteidigen.

Schillers Ur-Schweizer erweisen sich daher als gesellschaftspolitisch konservativ und als verfassungspolitisch progressiv. Ihr Naturrecht auf Widerstand leitet Schiller nicht aus dem Postulat der materiellen Gleichheit, sondern aus dem der rechtlichen



Gleichheit, der als Ausdruck individueller Freiheit eine faktische Ungleichheit immanent ist, ab. Die den Rütli-Schwur leisten, sind keine Besitzlosen, sondern Eigentümer, die ihr Grundrecht verteidigen. Sie sind Ehemänner und Väter, die ihre Frauen und Kinder in Sicherheit wiegen wollen. Nur



Wilhelm Tells Kapelle bei Bürglen

weil die Habsburger den Herrschaftsvertrag gebrochen haben, nicht mehr Sicherheit geben, sondern das Gegenteil davon, schreiten sie zur Tat – und schütteln die Usurpatoren ab.

Dem entspricht zunächst auch der Charakter des Wilhelm Tell. Er zieht sich solange auf Hof und Familie zurück, bis ihm Geßler das Ungeheuerliche abverlangt, nämlich auf den eigenen Sohn zu schießen. Vor diesem Hintergrund, dem Frevel wider die Menschenwürde, bejaht Schiller die Tötung des Tyrannen durch den rechtlos gewordenen Tell. Dabei wird er gewiss nicht Robespierre, eher Charlotte Corday und den Aufstand in der Vendée vor Augen gehabt haben.

Angelpunkt solcher Betrachtung ist die Bejahung des Änderungsprinzips im Staat und somit des Rechtes auf Revolution, weswegen die frühen Grundrechtskataloge das Recht auf Widerstand gegen ungerechte Amtsgewalt kannten. Dem liegt die Überzeugung zugrunde, dass es ein dem positiven Recht des Staates übergeordnetes und vorangehendes Naturrecht geben muss. Diese aus dem Naturrecht erwachsende Revolutionstheorie hat erstmals in John Lockes *Two Treatises of Government* moderne Gestalt angenommen. Für ihn ist die Revolution eine zeitweilige Wiederherstellung des Naturzustandes, die Aufhebung der Gewalt von oben durch die Gewalt von unten. Wörtlich bedeutet *revolutio* die „Umdrehung“ oder das „Zurückwälzen“. Der Begriff wurde in der Astronomie des 15. Jahrhunderts verwendet. *Zeitweilig* wiederum

bedeutet, dass der anarchische Urzustand keiner von Dauer sein soll, sondern die Menschen sich sehr wohl in Staaten zusammenfinden sollen. Anders als für Hobbes soll das Einverständnis der Bürger bei Locke aber widerrufbar sein. Der vorstaatliche Zustand der Anarchie bleibt parallel

zum Staat permanent bestehen und bietet Gewähr gegen die ärgsten Übergriffe durch die Ämter.

Genau dort finden wir die Männer des Rütli-Schwurs. Sie wollen nicht in permanenter Anarchie leben, sondern gehen, um ihren Bund zu schließen, vorübergehend auf die Ebene des Naturrechtes zurück. Nicht das Rechtsinstitut des Staates wird in Frage gestellt, sondern die Tyrannei, also das Gegenteil von einem Rechtsstaat. Aus diesem Grunde rufen sie in ihrem Schwur den Himmel an. Damit ist gemeint, dass sie ausschließlich ihrem Gewissen folgen und entschlossen sind, Gewalt wider die Tyrannen anzuwenden. Wie der Kampf ausgeht, soll Gott entscheiden. Ihr Kampf ist kein Akt gegen eine von Gott legitimierte Instanz. Im Gegenteil, es geht darum, ein Gottesurteil zu erwirken. Auch das ist eine eindeutige Anspielung auf das Recht zur Revolution. Bei Locke ist die *Anrufung des Himmels* (*appeal to heaven*) sinngleich mit der Anwendung außergesetzlicher Gewalt: „(...) wenn sie (Anm.: die Unterdrückten) keine Instanz auf Erden haben, die sie anrufen könnten, dass sie ihnen zu ihrem Recht ver helfe, bleibt ihnen in solchen Fällen als einziger Ausweg, den Himmel anzurufen.“

Der Aufstand:

ultima ratio einer Nation

Dass die wahre Revolution eine konservative sein soll, diese Einsicht verdankt Schiller möglicherweise seiner Begegnung mit Friedrich von Gentz. Der



*Und wenn das Reich auch unterginge,
so bliebe die deutsche Würde unangefochten.
Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur.*



Gegenspieler Napoleons war ein großer Verehrer des deutschen Shakespeare. Zur persönlichen Begegnung kommt es im November 1801 in Weimar. Nach einem gemeinsamen Besuch von *Wallensteins Tod* soupiert man über Mitternacht hinaus. Die Chemie zwischen den beiden dürfte jedenfalls gepasst haben, was man vom Verhältnis zwischen Goethe und Gentz nicht behaupten kann. Das mag vermutlich daran gelegen haben, dass Goethe ein Illuminat und Napoleon-Verehrer gewesen war.

Mit Schiller gibt es hingegen in allen wesentlichen Fragen politischen Einklang, insbesondere in der Beurteilung der Französischen Revolution und Napoleons. Auch was die Bedeutung der Selbstbestimmung der Nationen betrifft, ist man d'accord. Und selbst in Hinblick auf das Widerstandsrecht gibt es keinen Dissens, was zumindest in Hinblick auf den Etatisten Gentz zunächst überrascht. Der lehnt Totalrevolutionen nämlich kategorisch ab und befürwortet Reformen von Oben, räumt aber ein, dass es verzeihlich sein kann, „wenn eine durch Tyrannei aufs Äußerste aufgebrachte Nation ihr Joch durch einen Aufstand abschüttelt“.



Witten, Landesheimatspiele 1929

Auch der Umstand, dass beide Protestanten gewesen waren, wird kausal für die grundsätzliche Bejahung des Widerstandsrechtes gewesen sein. Vielleicht ahnte Gentz auch, dass mit dem *Tell* ein Werk, das als die ideologische Vorbereitung auf die deutschen Befreiungskriege gegen Napoleon wirken sollte, am Heranreifen war. Denn in die Zeit der Entstehung des *Tell* fällt auch jener zentrale Gedanke, der Schiller zur deutschen Lichtgestalt des kommenden Jahrhunderts machen sollte: Es ist der Glaube an eine deutsche Kulturnation, den er in seinen Gedichten *Der*

Antritt des neuen Jahrhunderts und Deutsche Größe trefflich entfaltet: „*Deutsches Reich und deutsche Nation sind zweierlei Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupt seiner Fürsten. (...) und wenn das Reich auch unterginge, so bliebe die deutsche Würde unangefochten. Sie ist eine sittliche Größe, sie wohnt in der Kultur.*“

Schiller verstarb am 9. Mai 1805. *Wilhelm Tell* war sein letztes Drama. Es wurde am 17. März 1804, 100 Jahre nach dem Tod John Lockes, uraufgeführt. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerbrach am 6. August 1806.

Literatur:

Rüdiger Safranski: *Schiller oder Die Erfindung des Deutschen Idealismus*, München: Hanser Verlag 2004

Walter Müller-Seidel: *Friedrich Schiller und die Politik*, München: C.H. Beck 2009

Der Schwur auf dem Rütli



*Wir wollen sein
ein einzig Volk von Brüdern,
in keiner Not
uns trennen und Gefahr.*

*Wir wollen frei sein,
wie die Väter waren,
eher den Tod,
als in der Knechtschaft leben.*

*Wir wollen trauen
auf den höchsten Gott
und uns nicht fürchten
vor der Macht der Menschen.*



Besprechungen

Über die innere Widerstandskraft der Gesellschaft

Von Gerhard Schlüsselberger



Was haben Sozialpsychologie, Kulturanthropologie oder Soziologie mit der aktuellen COVID-19-Pandemie zu tun? Auf den ersten Blick wohl nicht viel, denn dieser Tage dominieren die Experten aus dem Bereich der Virologie, Epidemiologie oder Infektiologie die Schlagzeilen und Medienlandschaften. Bei genauerem Hinsehen offenbart sich allerdings, dass der Umgang mit der Pandemie (gemeint ist hier der tatsächliche, weniger der rechtlich verordnete) in unterschiedlichen Ländern höchst verschieden ist. Dies ist wohl kaum auf Zufälle, sondern auf gruppensdynamische Mechanismen zurückzuführen, die auf die drei zu Beginn genannten Wissenschaften verweisen.

Die (psychologische) Widerstandskraft wird derzeit häufig im Munde geführt, meist mit dem aus dem Lateinischen stammenden Begriff „Resilienz“ (lat. *resilire*: zurückspringen, abprallen). Im Wesentlichen geht es dabei um die Fähigkeit, eine Krise (welcher Art auch immer) zu überstehen und diese „Zeit der Zuspitzung“ (gr. κρίσις: Entscheidung, Zuspitzung) zum Ausbau der eigenen Persönlichkeit im Sinne einer Weiterentwicklung zu nutzen. Ein widerstandsfähig-



ger Mensch ist in der Lage, schwierige, stressreiche und herausfordernde Situationen, die er in dieser Form noch nicht durchlebt hat, nicht nur zu meistern, sondern darüber hinaus auch Lerneffekte für die Zukunft mitzunehmen. Diese Fähigkeit steht aus nachvollziehbaren Gründen hoch im Kurs, zumal sie nicht bloß für Einzelpersonen von Interesse ist, sondern natürlich auch für Gruppen von Menschen jedweder Größe, also etwa für Gesellschaften, Sozietäten, Völker oder Staaten.

Als die Corona-Krise im Frühjahr 2020 in Europa begann, gab es eine auch international vielbeachtete verbale Zuspitzung im Begriff der „neuen Normalität“, die in Österreich genauso wie in anderen europäischen Ländern rege und mitunter heftig diskutiert worden war. Manche meinten, dass diese Wortwahl eine grobe Verharmlosung der dramatischen Gefahr sei, die vom Corona-Virus ausginge. Andere waren der Ansicht, dass damit eine unzulässige Beruhigungsspielle verabreicht werden solle, zumal einige bis dorthin selbstverständliche Freiheitsrechte und Bewegungsspielräume reduziert wurden, sodass eine derartige Betitelung der neuen Situation keinesfalls angemessen sei. Wieder andere zeigten sich von der gewählten Formulierung wenig beeindruckt, legten in der Folge mehr Wert darauf, sich mit der „neuen Normalität“ als faktischer Gegebenheit möglichst rasch anzufreunden und damit leben zu lernen, und brachten ihrerseits kaum Verständnis für diejenigen auf, die die Gefahr des Virus nicht erkennen wollten.

Ex post betrachtet hatte diese medienöffentliche Diskussion aber nur wenig Einfluss auf das tatsächliche Verhalten der Österreicher. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bereit war und ist, völlig neue und dem bisherigen Freiheitsbedürfnis entgegenstehende Verhaltensvorschriften – man denke hier an Maskenpflicht,

„Babyelefanten“, „Freitesten“, Betriebssperren für wichtige Wirtschaftsbranchen, usw. – ohne länger dauernde „Eingewöhnungsphase“ quasi per sofort zu akzeptieren. Mit anderen Worten: Die für viele noch nie dagewesenen und zum Teil erheblich freiheitseinschränkenden Maßnahmen wurden von den Österreichern weitgehend umgesetzt. Insofern erhebt sich weiters die Frage, wodurch dieser Vorgang – der im Grunde auch ganz anders hätte ablaufen können – im Wesentlichen rasch und diszipliniert von statten gegangen ist. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass tiefgreifende Phänomene des menschlichen Zusammenlebens, die unter anderem von der Sozialpsychologie, der Kulturanthropologie und der Soziologie untersucht werden, dafür verantwortlich waren und sind. Dies soll im Folgenden nun näher beleuchtet werden.

„Was Hänschen nicht lernt...“

Zunächst ist der Sozialisierungsprozess zu nennen, der dafür sorgt, dass ein bestimmtes Individuum die „(typischen) Verhaltensweisen, Meinungen und Werthaltungen einer Gruppe“¹ übernimmt. Jeder Mensch durchläuft in seinem Leben mehrere solcher (zumeist jahrelanger) Prozesse und erlernt dabei viele Verhaltensweisen und Meinungsvorgaben, die vorerst unreflektiert verinnerlicht werden. Die Phase der Erziehung und Pflege eines Kindes etwa, die in der Entwicklungspsychologie als „Primärsozialisation“ bezeichnet wird, dient dazu, dem Kind jene wichtigen Verhaltensregeln altersadäquat zu vermitteln, die es für das Leben in seinem konkreten Umfeld braucht oder noch brauchen wird. Jeder, der selbst Kinder hat, weiß, wie zahlreich und intensiv Verhaltensvorgaben wiederholt und mittels Anerkennung und Belohnung verfestigt werden müssen, damit das Leben im Alltag bewältigt werden kann. In diesem Prozess geht es aber nicht bloß um die Le-



benswelt des Alltags alleine, sondern auch um Einstellungen wie Ordnungssinn, Disziplin, langfristiges Denken, Verlässlichkeit, Bereitschaft zu Verzicht usw., die gleichsam als Vorbereitung für die nachfolgenden „Sekundär“-Sozialisierungen dienen. Zu denken ist hier etwa an die Bildungseinrichtungen wie Schule, Lehre und Universität, die dem Einzelnen zwar viel Neues beibringen, doch nur dann erfolgreich sein können, wenn sie an gewisse Grundvoraussetzungen anschließen und diese entsprechend ausbauen können. Mit anderen Worten formuliert:

„Die primäre Sozialisation ist die erste Phase, durch die der Mensch in seiner Kindheit zum Mitglied der Gesellschaft wird. Sekundäre Sozialisation ist jeder spätere Vorgang, der eine bereits sozialisierte Person in neue Ausschnitte der objektiven Welt ihrer Gesellschaft einweist. [...] Daß die primäre Sozialisation für den Menschen normalerweise die wichtigste ist und daß ihr die sekundäre in ihrer Grundstruktur entsprechen muß, bedarf keines Zweifels. Jeder Mensch wird in eine objektive Gesellschaftsstruktur hineingeboren, innerhalb derer er auf jene ‚signifikanten Anderen‘ trifft, denen seine Sozialisation anvertraut ist. Diese signifikanten Anderen sind ihm auferlegt. [...] Selbstverständlich umfaßt die primäre Sozialisation weit mehr als bloßes kognitives Lernen. Sie findet unter Bedingungen statt, die mit Gefühl beladen sind, und es gibt sogar triftige Gründe dafür anzunehmen, daß ohne solche Gefühlsbindung an die signifikanten Anderen ein Lernprozeß schwierig, wenn nicht unmöglich wäre. Das Kind identifiziert sich mit seinen signifikanten Anderen emotional in mancherlei Weise. Wie auch immer es sich identifiziert, zur Internalisierung kommt es nur, wo Identifizierung vorhanden ist. Das Kind übernimmt die Rollen und Einstellungen der signifikanten Anderen, das heißt: es internalisiert sie und macht sie sich zu eigen.“²

Damit ist mit der Internalisierung ein zweiter wichtiger Faktor angesprochen, ohne den ein funktionierendes, regelkonformes Gruppenleben undenkbar wäre. Gleichwohl scheint es zwar theoretisch vorstellbar, dass die einzelnen Mitglieder zur Befolgung der Gruppenregeln nur durch äußere Kontrolle und angedrohte Zwangsmittel angehalten werden, doch käme dies einer alptraumhaften Dystopie gleich, die wohl niemand haben will. Ungleich vorteilhafter (und in der Realität auch bedeutend praktischer) ist es, wenn das Individuum die betreffenden Regeln so verinnerlicht hat, dass es quasi zur Ausstattung seiner persönlichen Einstellungen, Verhaltensrichtlinien und Lebensmaximen gehört. Der Einzelne soll also durch permanente Wiederholung, langandauernde „Einschulung“ und entsprechende soziale Anreize dazu gebracht werden, diese Regeln zu internalisieren, um unreflektiert und gleichsam „automatisch“ nach ihnen zu leben. Dies mag in den Ohren von individualistisch geprägten, modernen Gesellschaften für den Augenblick wenig erstrebenswert oder gar ablehnungswürdig klingen, doch entspricht es nun einmal den normalen Parametern des menschlichen Gruppenlebens:

„Gruppennormen sind Überzeugungssysteme dazu, wie man sich verhalten sollte (bzw. nicht verhalten sollte); sie lenken das Verhalten, aber ohne die Geltungskraft von Gesetzen, und sie bringen die gemeinsamen Erwartungen der Gruppenmitglieder zu typischen oder erwünschten Verhaltensweisen zum Ausdruck. [...] Normen dienen als Leitlinien für Einstellungen und Verhalten, und auf diese Weise haben sie eine wichtige regulierende Funktion. Gruppenmitglieder neigen dazu, sich konform zu den Gruppennormen zu verhalten (also im Einklang mit den Gruppennormen zu denken und zu handeln). Dies geschieht aus zwei Gründen: Entweder wurden die Gruppen-



normen internalisiert, d.h. sie sind zu einem Teil des Überzeugungs- und Wertesystems eines Individuums geworden, oder den Gruppennormen wird durch die (vorweggenommene) Reaktion anderer Gruppenmitglieder auf normatives oder nichtnormatives Verhalten Geltung verschafft.“³



nomene des menschlichen Zusammenlebens gibt, die alle Menschen gemeinsam haben bzw. wo die fundamentalen Unterschiede im Verhalten zu konstatieren sind. So lässt sich beispielsweise sagen:

„Eines der allgemeinsten Universalien, welches in den meisten Universalienlisten nicht explizit ge-

Es muss dabei offenbleiben, ob dieser Umstand aus gewissen moralischen Blickwinkeln heraus wünschenswert ist oder nicht. Der springende Punkt ist, dass das Minimum an gemeinsamen Regeln als zentripetale Kraft wirkt und die betreffende Gesellschaft so zusammenhält. Die daraus resultierenden verhaltenssteuernden und kontrollierenden Elemente können als solche nur wirksam bleiben, wenn sie von den meisten Mitgliedern der Gesellschaft eben auch internalisiert wurden. Die (ursprünglichen) Gründe für das gruppenkonforme Verhalten verschmelzen im Laufe der Zeit dabei so sehr mit der eigenen, individuellen Identität, dass sie schließlich dem „Nebel des Vergessens“ anheimfallen und der Einzelne daher wie selbstverständlich dem Regelwerk folgt. Das heißt, ein typisches Gruppenmitglied richtet sein Verhalten in größtenteils unreflektierter und unbewusster Form an den Vorgaben der Gruppe aus, eben weil es seine Gruppe ist.

Kultur als Gesetzesbuch
der ungeschriebenen Regeln

Ausgehend hiervon lohnt es sich auch einen Blick in die empirischen Sozial- und Kulturwissenschaften, konkret in die Kulturanthropologie, zu werfen. Insbesondere geht es dort um die Frage, ob es Phä-

nannt wird, ist die Tatsache, dass es in sämtlichen Gesellschaften zu fast allen Handlungen Regeln gibt. [...] Einem Großteil der Einträge in Universalieninventaren, soweit sie nicht schon Regeln betreffen, könnte vorangestellt werden: ‚Es existieren Regeln über...‘: Katie Fox bringt es auf den Punkt: ‚The human species is addicted to rule making‘ (Fox 2005:13). Ein Großteil dieser Regeln betrifft den Umgang zwischen Menschen in der eigenen Gesellschaft. [...] In allen großen Traditionen und wahrscheinlich sogar allen Kulturen finden sich Vorstellungen, die der ‚Goldenen Regel‘ im Sinne ‚Tue anderen nicht etwas an, das Du selbst nicht willst‘ gleichkommen (Bsp. in Hauser 2007:357). Diese Regel wird mal als explizite Doktrin, mal als impliziter Wert vermittelt und unterschiedlich formuliert, z.B. positiv oder negativ. Die Idee der Kooperation und besonders der Reziprozität in ihrem Kern ist aber wohl universal.“⁴

Die menschliche Vorliebe für Regeln aller Art bringt auch die Frage mit sich, mit welchem Inhalt die diversen lebensweltlichen Ausschnitte gestaltet sind. Verschiedene Gruppen, wie etwa Kulturkreise oder Gesellschaften, regeln die gleichen Lebensausschnitte in unterschiedlicher Weise. So ist es selbst für den im Verhältnis zum Rest der Welt überschaubaren europäischen Großraum nicht verwunderlich,



wenn ein und derselbe Sachverhalt zu sehr unterschiedlichen Vorschriften, Bewertungen, Vorgehensweisen etc. in den einzelnen Kulturräumen führt. Dabei sind weniger die sichtbaren Unterschiede zwischen den Sozietäten von ausschlaggebender Bedeutung, als die zur Komplexität und Diversität unserer aktuellen Zeit beigetragen haben. Mit anderen Worten ausgedrückt:

„Mentale Programme variieren so stark, wie das soziale Umfeld, in dem sie erworben wurden. Eine übliche Bezeichnung für solche mentale Software ist Kultur. [...] Kultur als mentale Software jedoch geht mit einem viel breiteren Verständnis des Wortes einher, als normalerweise unter Soziologen und speziell Anthropologen üblich: Dies ist die Bedeutung, von der in diesem Buch Gebrauch gemacht wird. [...] Es sind nicht nur Aktivitäten, die den Geist verfeinern sollen, gemeint, sondern auch die gewöhnlichen und kleinen Dinge des Lebens: Begrüßung, Essen, Gefühle zeigen oder nicht, einen gewissen Körperabstand zu anderen halten, Liebe/Sex und Körperpflege/Hygiene. Kultur ist immer ein kollektives Phänomen, weil sie mit mindestens denjenigen Menschen geteilt wird, die im selben sozialen Umfeld leben, in dem sie erlernt wurde. Kultur besteht aus den ungeschriebenen Regeln des sozialen Miteinanders.“⁵

Daraus ergibt sich nun auf den ersten Blick ein widersprüchliches Bild, wenn einerseits das Erschaffen von Regeln als menschliches Allgemeingut postuliert und andererseits auf die Unterschiedlichkeit im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung dieser Regeln hingewiesen wird. Ein solcher Widerspruch



löst sich jedoch auf, denn zunächst besteht nur eine natürlicherweise vorgegebene Notwendigkeit, das potentiell unendliche Repertoire menschlicher Handlungsfähigkeit und die sich ab zwei beteiligten Personen ergebende Komplexität in (irgend) ein „Korsett“ zu zwängen. Vor diesem Erfordernis steht

nun jede Gruppe, gänzlich unabhängig davon, an welchen Raum sie sich gebunden fühlt, welche Aufgaben sie zu erfüllen hat, zu welchem Zweck sie entstanden ist usw. Diese Differenzierungen werden erst auf der anderen, zweiten Ebene wichtig, wo es darum geht, nicht bloß „irgendein“ Korsett, sondern das „passende“ zu finden. Diese grundlegenden Strukturen wirken permanent und sogar dann, wenn sie nicht mehr in das Bewusstsein der davon Betroffenen treten:

„Die sozialen Aktivitäten vieler Menschen bestehen explizit in der Aufrechterhaltung und Pflege der symbolischen Gruppenzugehörigkeit und Bindung. Die meisten Menschen bemühen sich die meiste Zeit, gute Mitglieder ihrer Gruppe zu sein bzw. zu bleiben. Sie zeigen es durch ihre Kleidung, ihre Bewegungen, der Art zu Sprechen, ihren Besitz und ihre Arbeit. Sie verbringen Zeit in diesen Gruppen mit Ritualen und Bräuchen, die sie stärken: reden, lachen, spielen, berühren, singen, (spielerisch) kämpfen, essen, trinken, usw. Diese Aktivitäten haben zum Ziel, den moralischen Kreis zu verstärken. Auf der Bewusstseinsbene allerdings würden nur wenige ihren Alltag so sehen. Diese Unterschiede sind wichtig, weil wir dauernd neudefinieren, wer zu welcher Gruppe und in welcher Rolle gehört. Gruppen zu bilden und die Mit-



gliedschaften zu ändern, ist eines der Kernelemente im menschlichen Leben.“⁶

Gemeinsinn
und Langsicht als
Eckpfeiler der Resilienz

Die Soziologie als eine Wissenschaft, die in mancher Hinsicht die Trennung zwischen Natur- und Geis-



teswissenschaften überwinden will und muss, beschäftigt sich naturgemäß mit der Erforschung des menschlichen Verhaltens. Im hier interessierenden Zusammenhang seien lediglich ein paar wesentliche Ergebnisse mit explizitem Bezug zu Österreich dargestellt: Der „typische“ Österreicher zeigt, auch im internationalen Vergleich, einen außerordentlich hohen Stolz auf sein Land.⁷ Insofern ist es ihm wichtig, zum allgemeinen Wohlergehen des Landes beizutragen und den Gruppenkonformismus aufrecht zu erhalten. Weiters zeichnet ihn ein starkes Ausmaß an Obrigkeitseingehorsam aus, das unter anderem im großen Vertrauen in die Verwaltung und die staatstragenden Institutionen wurzelt. Die Befolgung der Vorgaben wird zwar oftmals von (typischem?) „Geraunze“ begleitet, an der tatsächlichen Befolgung ändert dies jedoch nur wenig. Darüber hinaus kann das von den meisten Österreichern in den letzten Monaten an den Tag gelegte Verhalten als regelkonform und selbstbeherrscht bezeichnet werden.

Um diese als Entbehrungen zu bezeichnenden Verhaltensänderungen dauerhaft durchzuhalten, ist ein gefestigtes Ausmaß an Langsicht notwendig. Jeder Erwachsene kennt diese Gesetzmäßigkeit aus eigener Erfahrung zur Genüge, nämlich nur für den Fall „belohnt“ zu werden, wenn man davor bereit war, Verzicht in Kauf zu nehmen. An dieser Stelle

soll nicht unerwähnt bleiben, dass mittlerweile eine gewisse „Corona-Müdigkeit“ in der Bevölkerung eingetreten ist: Beispielsweise fanden Ende März 2020 noch 91 Prozent, dass die Regierung richtig mit der Krise umgeht, im Oktober desselben Jahres reduzierte sich dieser Wert auf 53 Prozent und fand

bereits Ende Jänner 2021 mit ca. 36 Prozent seinen Tiefstwert; andererseits geht mittlerweile nur mehr rund ein Fünftel der Österreicher davon aus, dass die Pandemie unter Kontrolle sei, was im Juni 2020 noch mehr als die Hälfte dachten. Diese Aufzählung an pessimistischer werdenden Meinungen zur Corona-Krise ließe sich noch fortsetzen, doch liegt die Vermutung nahe, dass sie alle dieselben Ursachen haben, nämlich die zunehmende Frustration in der Bevölkerung über den Umstand, dass sich das Virus nur sehr schwer in den Griff bekommen lässt, sowie eine um sich greifende Ratlosigkeit über die zukünftige wirtschaftliche (Einkommensverlust, Wirtschaftswachstum, Staatshaushalt) und soziale (Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Vereinsamung) Entwicklung. Weiters dürfte vielen Menschen die Problematik, das Virus wirksam einzudämmen ohne das öffentliche Leben (nochmals) stillzulegen, klar geworden sein, sodass man sich keine Wunder von den politischen Verantwortungs-trägern erwartet.

Aus Sicht des Autors zeigen die kurzen „Ausflüge“ in die genannten Wissenschaften, was die innere Widerstandskraft der Österreicher in Zeiten der Krise ausmacht: Erstens wurde dem „typischen“ Österreicher im Zuge seiner Sozialisation nachhaltig vermittelt, dass er in den Staat und seine Ins-



stitutionen grundsätzliches Vertrauen haben kann und soll. Als Mitglied der „redlich und anständig denkenden und handelnden Menschen“ begegnet er demgemäß anderen nicht nur mit gutem Willen und Gemeinschaftssinn, sondern erwartet sich auch, von diesen entsprechend behandelt zu werden. Das



ausgeprägte Freiwilligen- und Vereinsleben der Österreicher, das in Zeiten der Krise vor allem jenen zugutekommt, die hilfs- oder schutzbedürftig sind, legt beredtes Zeugnis davon ab. Dabei soll aber nicht vergessen werden, dass es dem engmaschigen Netzwerk an Freiwilligengruppen und Vereinen nicht nur um die bloße „Erledigung“ von wichtigen Aufgaben geht, sondern das gesellige Element, also der Umgang zwischen und mit Menschen, einen überaus großen Anteil am Erfolg dieser Einrichtungen hat.

Zweitens sorgt die „kulturelle Programmierung“ dafür, dass man jene Lebenswelt, die als die eigene, bekannte, vertraute usw. betrachtet wird, tatsächlich erhalten und bewahren will. Damit scheidet im Normalfall all jene Verhaltensweisen als Handlungsoptionen aus, die man kurzfristig, unüberlegt oder unbesonnen nennt und die dazu führen

könnten, dass diese eigene Lebenswelt (mitunter wird sie noch Heimat genannt) unnötig gefährdet wird. Im gegebenen Zusammenhang wären dies Ereignisse wie etwa koordinierte Gewaltausbrüche von Gruppen oder Tumulte größeren Ausmaßes, die wohl einen bleibenden Effekt auf die öffentli-

che Sicherheit und Ordnung hätten. All dies ist in Österreich bislang ausgeblieben. Die „kulturelle Programmierung“ der meisten Österreicher dürfte auf Langsicht und Besonnenheit eingestellt sein, was sicherlich auch mit dem grundsätzlich positiven Gefühl und der Verbundenheit zur eigenen Umgebung zu tun hat.⁸

Daraus ergibt sich nun drittens die innere Widerstandskraft der österreichischen Gesellschaft auf Basis eines stabilen Vertrauens in die gesellschaftlichen Institutionen, des Bewusstseins über den Wert und die Sinnhaftigkeit der eigenen kulturellen Prägung, einer gesetzten Diszipliniertheit, die manchmal auch ein ordentliches Ausmaß an Gleichmütigkeit enthält, sowie der in der Vergangenheit verankerten Zuversicht, mit den Problemen und Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft fertig werden zu können.

1 Werner Herkner, *Lehrbuch Sozialpsychologie*, Bern: Verlag Hans Huber 2001, S. 41

2 Peter L. Berger / Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 2016, S. 140ff.

3 Klaus Jonas, Wolfgang Stroebe, Miles Hewstone (Hrsg.), *Sozialpsychologie*, Berlin: Springer 2014, S. 456

4 Christoph Antweiler, *Was ist den Menschen gemeinsam – Über Kultur und Kulturen*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2009, 181f.

5 Geert Hofstede (Hrsg.), *Cultures and Organizations – Software of the mind*, New York: McGraw Hill Verlag 2010, 5f. (vom Autor aus dem Englischen übersetzt)

6 Ebd. S. 17

7 Siehe dazu Max Haller, *Identität und Nationalstolz der Österreicher*, Wien: Böhlau Verlag 1996, S. 502

8 Siehe dazu Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich – Kulturelles Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*, Wien: Böhlau Verlag 1996, S. 394ff.

Zum Schluss: Deutschlands Merkel-Jahre

Von Rolf Stolz



Seit dem 10. April 2000 war Angela Merkel für fast zwei Jahrzehnte, bis zum 7. Dezember 2018, Vorsitzende der größten deutschen Partei, ehe sie an die von ihr ganz zu Recht als minderbegabte Lückenbüßerin angesehene Annegret Kramp-Karrenbauer abgab. Diese reichte das Amt im Januar 2021 an den unermüdlich alles weglächelnden Herrn Armin Laschet weiter und kann sich nun mit ganzer Kraft dem Ruinieren der Bundeswehr widmen. Dort setzt sie fort, was Uschi von der Leyen, die als Chefin der Europäischen Union mit dem Impfstoffankauf ihre Führungsqualitäten demonstrierte, begonnen hat.

Seit dem 22. November 2005 ist Angela Merkel Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, folglich bereits mehr als anderthalb Jahrzehnte – weniger als eine Epoche, aber doch deutlich mehr als eine Episode. Was hat diese Zeit den Deutschen und der Welt gebracht? Schon im Sommer 2019 hatte der SPD-Gesundheitsguru Karl Lauterbach erklärt: *„Jeder weiß, dass wir in Deutschland mindestens jede dritte, eigentlich jede zweite Klinik schließen sollten.“* Im Februar 2020 forderte der CDU-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn weitere Krankenhausschließungen. In der Corona-Pandemie verbindet sich die Krise des einst so vorbildlichen deutschen Gesundheitssystems mit einer Krise der Demokratie, denn das Gesundheitssystem ist krank- und kaputtgespart. Seit die „Epidemische Lage von nationaler Tragweite“ Ende März 2020 ausgerufen wurde, hat der Bundestag seiner Entmachtung zugestimmt und dem Gesundheitsminister alle Vollmachten für die weitere Aufhebung von Grundrechten (Eindringen in Wohnungen, Zwangsimpfungen, Zwangsiso- lation für „Ansteckungsverdächtige“ usw.) gegeben.

Der abrutschende (Ex-)Exportweltmeister

Deutschland verliert aber auch weiter an wirtschaftlicher Stärke und damit genau an dem, womit sich der Mangel an politischer Souveränität und die Einfesselung in das von den USA beherrschte und auf

die USA fixierte Militärsystem NATO zum Teil kompensieren ließ. Das Zerbröckeln der „Deutschland AG“, die Aufgabe einer auf Unterstützung der deutschen Firmen ausgerichteten internationalen Wirtschaftspolitik, hat verheerende Konsequenzen. Der Ausverkauf Deutschlands an ausländische Investoren setzt sich ungebremst fort. Parallel dazu fließt deutsches Nationaleinkommen in fremde Staatskassen und an die Brüsseler Bürokratie für das Projekt eines kleineuropäischen Zentralstaats.

Der für ein rohstoffarmes Land unerlässliche Energie-Mix wird aufgegeben zugunsten radikal einseitiger Lösungsversuche. Sehenden Auges wird nach dem Prinzip „Hoffen wir mal das Beste!“ ein Zusammenbruch der Energienetze in Kauf genommen. Noch dazu verläuft der Ausbau der Stromtrassen im Schnecken tempo. Was Digital-, Gen- oder Nanotechnik betrifft, verliert Deutschland weiter den Anschluss an die technologisch führenden Mächte. Statt den nahezu steuerbefreiten Silicon-Valley-Monstern zu verbieten, Daten ohne die Kontrolle des datenliefernden Digitalkonsumenten zu sammeln, und ihnen so ihr Geschäftsmodell zu entziehen, werden Bürger und Mittelstand mit verqueren Regeln eines angeblichen Datenschutzes drangsaliert. Auf neue Herausforderungen wie die Währungsprivatisierungssysteme à la Bitcoin gibt es keinerlei politische Antwort, stattdessen liegt man auf den Knien vor dem Weltwirtschaftsforum, sei-



*Eine konsequente rechtsstaatliche
Grenzsicherung wird verweigert.*



nem Gründer Klaus Schwab und dem fatalen Projekt des *Great Reset*. Statt alle wirtschaftlichen Kräfte zukunftsorientiert mit einem nationalen Staatsfonds zu bündeln, werden ziellos Gelder verteilt.

Das Bildungsniveau sinkt immer weiter ab – teils wegen zukunftsfeindlichen „Sparens“, teils wegen einer von linken und linksliberalen Gerechtigkeitspredigern betriebenen dumpfen Gleichmacherei. Leistung, Disziplin und Selbstdisziplin – diese elementaren Voraussetzungen jedes geistigen Erfolgs werden so unmöglich. Die Verteidigung der deutschen Nationalkultur und der europäischen christlich-jüdischen Kultur ist unter Merkel systematisch sabotiert worden. Mit einer faktisch auf Kollektivschuld der Deutschen und kolonialistische Erbschuld der Europäer ausgerichteten Politik des Umbenennens, Ausradierens und Entwürdigens wird die Tradition zerstört, werden die geistigen Wurzeln abgetrennt.

Grenzenloser Leichtsin

Eine konsequente rechtsstaatliche Grenzsicherung wird verweigert. Dem massenhaften Asylmissbrauch und der Ausnutzung der sozialen Sicherungssysteme wird nicht entgegengetreten. Erst recht fehlen Antworten darauf, wie die Illegalen zurückgeführt werden können und wie dem drohenden Ansturm von Millionen Afrikanern und Asiaten begegnet werden kann. Selbst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat 2020 entschieden, dass jeder Staat das Recht hat, in sein Gebiet eingedrungene illegale Asylbewerber wieder hinauszuschaffen. Das sozialdemokratisch regierte Dänemark demonstriert, wie man durch Ausreisepflicht in seit langem befriedete Gebiete Syriens den Zwischenzustand des Asyls beenden kann.

Dem organisierten Islam wird durch Zulassung von Finanzierung aus dem Ausland und Duldung islamistischer Gruppierungen erlaubt, seinen Einfluss in den Ghettos und darüber hinaus immer weiter auszubreiten. Der Schutz der Christen und Juden und ihrer Gotteshäuser gegen Vandalismus und islamistische Übergriffe wird ebenso wenig garantiert wie die körperliche Unversehrtheit und Freiheit der muslimischen Mädchen und Frauen. Erst recht nach dem Abtreten Volker Kauders als Chef der CDU/CSU-Fraktion im Jahr 2018 steht der Widerstand gegen die weltweiten Christenverfolgungen nur noch auf dem Papier. Wo bleibt die von Präsident Macron immerhin verbal begonnene „republikanische Wiedereroberung“ jener Ghettogebiete in Duisburg oder Neukölln, in die sich die Polizei nur noch in Mannschaftsstärke hineintraut? Wo ist die Antwort auf die von dem Harvard-Politologen Yascha Mounk beschriebenen „Verwerfungen“ bei dem gigantischen Sozialexperiment, eine monokulturelle in eine multikulturelle Demokratie zu verwandeln? Wie sollen die vielen gewaltgeprägten und oft auch gewaltbereiten, häufig ebenso unqualifizierten wie leistungsverweigernden jungen Männer integriert werden in den Arbeitsprozess – von echter kulturell-politischer Teilhabe ganz zu schweigen?

Da ist es nur logisch, dass es in einem geheimen Behördenmemorandum, aus dem Stefan Schubert in seinem Buch *Die Destabilisierung Deutschlands* zitiert, heißt, wir würden durch den Zuzug von Menschen aus anderen Weltteilen „islamischen Extremismus, arabischen Antisemitismus, nationale und ethnische Konflikte anderer Völker sowie ein anderes Rechts- und Gesellschaftsverständnis“ importieren. Befürchtet wird dabei eine Radikalisierung der bürgerlichen Mitte und eine Abkehr vom



*Statt den Rechtsstaat durchzusetzen,
wird ein obskurer „Kampf gegen Rechts“ betrieben.*



Berliner Dom, Spreinsel, circa 2007

Verfassungsstaat. Statt den Rechtsstaat durchzusetzen, wird ein obskurer „Kampf gegen Rechts“ (nicht etwa gegen Rechtsextremisten und Rechtsterroristen!) betrieben, dessen Ziel das Abwürgen jedes Widerstands und ein stasigeprägter Polizeistaat ist.

Weltbeglücker nach außen,
Abwracker nach innen

Die von Merkel moralisch ausgehöhlt und entkernete CDU, in die Flügelpartei des linken und linksliberalen Blocks verwandelt, hat wahrhaft ebenbürtige Liquidationshelfer in einer SPD gefunden, die heut-

zutage Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt in einem Aufwasch mit Thilo Sarrazin ausschließen würde, wenn sie denn noch lebten. Die einstige Arbeiterpartei hat die Arbeiter weitgehend an die AFD verloren und reüssiert nur noch unter jenen Halbintellektuellen, die sich aus Angst um ihre Karriere jeden eigenen Gedanken verbieten. Ein typischer Repräsentant dieser morbiden Kaste ist Heiko Maas. Der nicht nur in Zentimetern kleine Mann im Außenamt, der sich als saarländischer *Napoleonidas Redivivus* dort zum globalen Lehrmeister aufschwingt, wo es leicht und risikolos ist, dafür aber gegenüber Erdogan & Co. schweigt und



*Eine konsequente Bekämpfung der Vergreisung der Gesellschaft
und des schleichenden Volkstods wird verweigert.*



Berlin, Potsdamer Platz; Anonymer Künstler, digitale Illustration, 2020

buckelt, hat am Elend einer erbärmlich-unwürdigen auswärtigen deutschen Kulturpolitik nicht das Mindeste geändert. Man nehme nur die deutschen Auslandsschulen: Fehlanzeige in Schottland, Lettland, Litauen, Siebenbürgen, Ostpreußen, Schlesien, in Nordafrika, in Israel usw.; in Frankreich und Russland nur zwei, in Polen nur eine. Ein Trauerspiel ebenso wie Schließungen und anglophile Verwässerungen bei den Goethe-Instituten!

Eine konsequente Bekämpfung der Vergreisung der Gesellschaft und des schleichenden Volkstods wird verweigert. Statt Lebensschutz und Kindeswohl zur Maxime der Bevölkerungspolitik zu ma-

chen, sollen Abtreibung, assistierter Suizid und Transgender-Propagierung staatlich gefördert werden. Die Große Koalition der Homosexuellen mit den Konsum-Egoisten verhindert, dass durch deutliche Besteuerung aller Kinderlosen die Mittel zusammenkommen, um denen, die Kinder wollen, dies zu erleichtern bzw. zu ermöglichen.

Das Fazit: Bilanziert man die bleiernen Jahre unter der Führung einer Frau, die ihre Freund-*Sternchen-Sprechpause-Unterstrich-Innen* offenkundig als größte Führerin aller Zeiten, sprich *Gröfazin*, ansehen, so kann man nur sagen: Wo bleibt das Positive? Ja, wo bleibt es denn?

Adharas Stimme



Wenn Sie diese Zeilen lesen, werter Leser, sind seit der Drucklegung dieser Ausgabe ein oder zwei Wochen verstrichen. Vielleicht ist in der Zwischenzeit die österreichische Bundesregierung aufgrund der täglich neuen Enthüllungen über korrupte Machenschaften und freche Inkompetenz bereits zurückgetreten. Möglicherweise hat auch Bundespräsident Van der Bellen inzwischen seine Sprache wiedergefunden und mit ernster Miene (und wie weiland Klestil mit großer Sorge) festgestellt, dass wir so nicht sind.

Glaubt man an den endlichen Sieg des Guten, wie Ostern ihn verspricht, dann muss man (jedenfalls zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Zeilen) von baldigen Neuwahlen in unserem gebeutelten Österreich ausgehen. Wahrscheinlicher ist aber, dass Sie gerade kurz in sich hineinlachen mussten – weil wieder einmal gar nichts passiert ist, weil vielmehr die großen Skandale von Morgen (aus der Sicht dieses Textes) schon längst wieder auf dem Weg sind, Schnee von gestern (aus der Sicht des Lesers) zu werden. „Was ist Wahrheit?“, fragt Pilatus. Ja, was ist Wahrheit! Die Wahrheit ist stets, wem das Volk in den Umfragen weiter die Stange hält. Und indem es weiterhin „Gib uns Barabbas!“ schreit, wird es auch weiterhin Barabbas bekommen.

Wir haben in dieser Ausgabe einen großen geschichtlichen Bogen gemacht. Es ist bemerkenswert,

wie flüchtig die Politik heute im Vergleich dazu geworden ist. Sie ist, ohne Erinnerung an das Gestern oder Erwartung an das Morgen, zu jener Gegenwart zusammengeschrumpft, von der Augustinus sagt: *„sie fliegt so rasch aus der Zukunft in die Vergangenheit hinüber, dass sie sich zu keiner noch so kleinen Dauer dehnt“*. Im elften Buch seiner Bekenntnisse, aus dem diese Stelle stammt, beschäftigt sich der Kirchenvater mit dem so ganz und gar unergründlichen Phänomen der Zeit – ein Konzept, das wir ständig nutzen, ohne zu begreifen, was es überhaupt sei.

Augustinus gelangt für sich zu einem Ergebnis: Die ausdehnungslose Gegenwart ist für uns Menschen nichts anderes als unsere Anschauung, die (noch) nicht seiende Zukunft nichts anderes als unsere Erwartung, die nicht (mehr) seiende Vergangenheit nichts anderes als unsere Erinnerung – und sohin stammt alle Zeiterfahrung aus dem Geist. Wir wollen daraus zum Abschluss die kurze Lehre ziehen: Woran niemand mehr eine Erinnerung pflegt, das hat auch keine Vergangenheit mehr. Woran niemand mehr Erwartungen knüpft, das hat keine Zukunft. Alles, was bleibt, ist dann flüchtige Gegenwart, die wie Sand in den Händen zerrinnt, nichtssagend, bedeutungslos.

So ergeht es Deutschland, dem verschwindenden Land.

Adhara

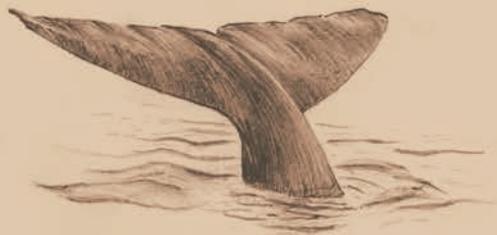
Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und politischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis: Abkürzungen: (b)=bearbeitet, WiCo=Wikipedia Commons, gemeinfrei · S. 1, 3, 5, 68: WiCo · S. 2: Gary Waters / Ikon Images / akg-images · S. 4, 6-7: akg-images · S. 10: Illustratedjc ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Georg_Bleibtreu_-_1868_-_Die_Schlacht_von_Koniggratz_\(detail_1\).JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Georg_Bleibtreu_-_1868_-_Die_Schlacht_von_Koniggratz_(detail_1).JPG)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 11: Illustratedjc ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Georg_Bleibtreu_-_1868_-_Die_Schlacht_von_Koniggratz_\(detail_2\).JPG](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Georg_Bleibtreu_-_1868_-_Die_Schlacht_von_Koniggratz_(detail_2).JPG)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 16: WiCo · S. 17: akg-images · S. 19: akg-images / MPortfolio / Electa · S. 20: akg-images / Gilles Mermet · S. 21: akg-images / Hervé Champollion / akg-images · S. 22: WiCo · S. 23: akg-images · S. 24: akg / North Wind Picture Archives · S. 25: akg-images · S. 30: Hans Makart creator QS:P170,Q511444 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hans_Makart_\(*\)__\(Umkreis\)_-_Kampf_zwischen_Römern_und_Germanen_-_13295_-_Bavarian_State_Painting_Collections.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hans_Makart_(*)__(Umkreis)_-_Kampf_zwischen_Römern_und_Germanen_-_13295_-_Bavarian_State_Painting_Collections.jpg)), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 31: WiCo · S. 33 Vordergrund: David Liuzzo · S. 33 Hintergrund: WiCo · S. 4, 34-35: iStock / Ioana Ursu · S. 36: Pixabay · S. 37: Pixabay · S. 38: Pixabay · S. 39: Pixabay · S. 41: Pixabay · S. 4, 42-43: WiCo · S. 47: Pixabay · S. 4, 48-49: WiCo · S. 50: akg-images / Album / Prisma · S. 51: akg-images / Historisches Auge · S. 52: WiCo · S. 53: Detlef Dauer ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carl_Heinrich_Rahl_\(1779-1843\),_Kupferstich,_Der_Rütlischwur,_D1936.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carl_Heinrich_Rahl_(1779-1843),_Kupferstich,_Der_Rütlischwur,_D1936.jpg)), Colorgrading von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode> · S. 4, 54-55: Pixabay · S. 58: Pixabay · S. 59: Pixabay · S. 60: Pixabay · S. 61: Pixabay · S. 64: Pixabay · S. 65: Pixabay · S. 66-67: Pixabay · Illustrationen auf S. 1, 41, 47, 53, 66, 68: Büro Rihl



Atterseekreis

frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG
Sponsoring.Post
14Z040199 S